

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reiz“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 30. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Furcht vor der Öffentlichkeit.

Reichsregierung und Fememorde.

Am Montag soll vor einem Berliner Gericht der Prozeß wegen eines der zahlreichen Fememorde beginnen.

Wie man erzählt, hat sich besonders Reichstanzler Luther in Gemeinschaft mit dem Reichswehrminister Gehler für diese Flucht ins Dunkel interessiert.

Das Bestreben Luthers und Gehlers, in den Gang der preußischen Justiz eingzugreifen, verdient deshalb scharfe Zurückweisung.

Mittwoch Auswärtiger Ausschuß.

Der Eintritt in den Völkerbund.

Der Auswärtige Ausschuß war für heute vormittag einberufen. Im Laufe des gestrigen Abends wurde jedoch bekannt, daß seine Sitzung auf Mittwoch verlagert ist.

Heute stehen die Dinge so, daß die deutsche Regierung nach der Räumung der Kölner Zone, nach der Zusicherung, daß die restliche Besetzung annähernd auf die normale Friedensstärke gebracht werden wird.

Nach den Erklärungen, die Luther und Stresemann im Reichstag abgegeben haben, darf man eine so rechtzeitige Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund erwarten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Erklärung vom 28. Januar gefordert, daß Deutschland innerhalb des Völkerbundes alles tun möge, um einen Aufbau der fremden Besetzung herbeizuführen.

Man soll sich doch auf keinen Fall dem Glauben hingeben, durch den Ausschluß der Öffentlichkeit verhindern zu können, daß die Tatsachen dauernd verschwiegen bleiben.

„Schierbaum und Genossen“.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Moabit wird am Montag unter der Bezeichnung gegen „Schierbaum und Genossen“ ein neuer Fememordprozeß beginnen.

Die Anklage nimmt an, daß in der „Schwarzen Reichswehr“ eine besondere Fememordorganisation bestand, deren Führer in der Hauptsache der schon in ähnlichen Fällen genannte Oberleutnant Schulz war.

Deutschland also unter Englands Garantie die Sicherheit Frankreichs an seiner Ostgrenze gewährleistet hat, ist jede Besetzung ein Widersinn.

Bethlen oder die Wahrheit!

So steht die ungarische Frage.

Budapest, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Parlamentsopposition verlangt jetzt in einem einmütig gefaßten Beschlusse von der Regierung die volle Aufdeckung der Wahrheit über die Frankenschlächtereien.

In der Freilassung der Nationalversammlung machte Genosse Jarakaj im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen neuen Vorstoß gegen die Regierung.

Die polnischen Halatisten.

Kattowitz, 29. Januar. (Mit.) Der oberhalbische Bojennobylski ist zurückgetreten. Wie die Presse verrät, ist dieser Rücktritt auf die Arbeit des Westmarlenvereins zurückzuführen.

„— auff ewig inkorporieret —“

Die „Verdienste“ der Hohenzollern.

Von Otto Meier.

Seitdem durch den inzwischen eingereichten Gesetzentwurf für entschädigungslose Enteignung der davongelaufenen oder davongejagten Fürsten das ganze Volk zur Entscheidung aufgerufen ist, tobt sich die nationale Presse in größlichem Geschimpfe über die Unhoimlichkeit der „Roten“ aus.

Was aber ist „Privateigentum“ der Hohenzollern, wie ist es zustande gekommen und woher stammt es? Darüber streiten sich nun seit über sieben Jahre die preussische Regierung mit den Hohenzollern herum und im Volke bestehen darüber nur ganz vage Vermutungen.

Es ist keine Anekdote, kein Biß, sondern durch das amtliche Protokoll der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses nach der achtundvierziger Revolution, als man über das vermögensrechtliche Verhältnis der Hohenzollern zum Staat sprach, festgehalten, was damals der Regierungsvertreter ausführte:

„Es ist aber unzweifelhaft, daß ein Krongut wirklich vorhanden ist — die Mark Brandenburg ist von dem Hause (Hohenzollern) käuflich erworben worden.“

Die Hohenzollern haben also die Mark Brandenburg gekauft und ein wigiger Zeitgenosse mag schon recht haben mit der Behauptung, daß wir eigentlich heilfroh sein können, wenn Wilhelm in Doorn nicht noch nachträglich die Miete von uns einfordert.

Nun steht fest, daß die Hohenzollern, als sie in die Mark Brandenburg kamen, arm waren wie Hiob. Die amtliche Denkschrift über die Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern läßt sich also über diesen wunden Punkt vernehmen:

„Viele der früher in Deutschland regierenden Häuser hatten in dem von ihnen beherrschten Territorium von Alters her ausgedehnten Grundbesitz und verdanken dieser Tatsache geradezu den Erwerb der Landeshoheit; z. B. die Wittelsbacher und die Welfen. Bei den Hohenzollern lag es umgekehrt; als sie in die Mark Brandenburg kamen, hatten sie dort keinerlei Ländereien, erst die Belehnung durch Kaiser und Reich machte sie zu Grundbesitzern im Lande.“

Für die Richtigkeit dieser Behauptung zeichnet kein Geringerer als der bekannte volksparteiliche Finanzminister Dr. v. Richter. Wem würde es einfallen, etwa Herrn v. Richter in den Verdacht zu bringen, ein verkappter Republikaner zu sein!

Das zahlenmäßig im Augenblick gar nicht abzuschätzende Riesenvermögen, das die Hohenzollern heute vom Staat als Privateigentum beanspruchen, ist sogar nach dem Juwanis des Alten Fritz erst nach der Einwanderung der Hohenzollern in die Mark „erworben“ worden, oder, wie es in einem Edikt Friedrich Wilhelms I. vom 13. August 1713 so schön heißt:

„Unserer Cron und Thron auff ewig inkorporieret als ererbete, erkaupte, erkaufte oder auf andere Weise acquirierte Fürstentümer, Graf- und Herrschaften, auch einzelne Güter und Revenuen, sowie auf alle dlejenige, so Wir während Unserer Regierung durch Gottes Gnade und Segen etwa auch erwerben und an Uns bringen werden.“

Die sich dauernd erweiternde Hausmacht der Hohenzollern durch Kriege, Heiraten oder Tausch schuf das heutige Preußen. Aber in der Zeit der sogenannten patrimonialen Staatsauffassung war der Fürst absoluter Herrscher über Land und Untertanen. Privateigentum der Fürsten existierte nicht. Am treffendsten kommt diese in der damaligen Zeit herrschende Auffassung zum Ausdruck in dem bekannten Ausspruch des französischen Sonnenkönigs: „Der Staat bin ich!“

Aber auch die mit dem Aufkommen modernerer Staatsauffassung unter dem alten Fritz sich durchziehende Trennung von Staats- und Privateigentum der Regierenden (Allgemeines Landrecht) bestand nur dem Scheine nach. Daran konnte auch das Parlament bis 1918 nichts ändern. Der König war trotz der Konstitution noch absolut. Er ernannte und entließ die Minister. Nur selten hat einer von denen, die von der allerhöchsten Gnade abhängig waren, zu opponieren gewagt. Und wo kein Kläger war, war auch kein Richter.

Es sind in der Öffentlichkeit schon eine ganze Reihe von Tatsachen hervorgehoben worden, die beweisen, wie die Fürsten zu ihrem Vermögen gelangt sind. Wir wollen hier nicht wiederholen, aber einige interessante Beispiele mögen darum, auf welche raffinierte Weise die geschäftstüchtigen und sparsamen Landesväter für ihre Tische zu wirtschaften verstanden.

So berichtet beispielsweise die Denkschrift des preussischen Finanzministeriums von einer Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV., die es ermöglichte, daß in die Privatklasse nicht nur die Erlöse vom Verkauf privater Grundstücke flossen, sondern auch die Gelder, die durch Verkauf von zweifellosem Staatsvermögen erzielt wurden. Das machte ja gerade die Auseinandersetzungen über Privat- und Staatseigentum so schwierig, daß man zwar nachträglich diese Fälle feststellen kann, aber nicht in der Lage ist, so ohne weiteres den „Rechtscharakter“ jener Grundstücke festzustellen, die als privates Eigentum aus diesen widerrechtlich erworbenen Geldern gekauft wurden.

Es ist der Öffentlichkeit auch nicht bekannt, daß in zahlreichen Fällen, in denen die regierende Familie „44 Jahre in geruhigem Besitz“ eines staatlichen Grundstückes war, dieses Grundstück stillschweigend auf den Namen des Königs im Grundbuch eingetragen wurde.

Auf diese Weise hatten sich die Hohenzollern u. a. in Berlin das sogenannte Akademiestadtteil „auf ewig incorporiert“. Im Jahre 1900 brauchte der Staat einen Teil der Grundstücke zum Neubau der jetzigen Staatsbibliothek. Was blieb ihm anderes übrig, als von Wilhelm II. sein eigenes Eigentum zurückzukaufen, und zwar für 8,3 Millionen in bar und Hergabe einiger anderer Grundstücke!

Obwohl das Allgemeine Landrecht die Verschwendung staatlichen Grundbesitzes ausdrücklich verbot, ließen sich die Hohenzollern 1841 Schloß und Gut Sakrow geschenktweise übereignen, weil dieser Grundbesitz dem Staate angeblich nichts einbrachte. Gut Sakrow befindet sich mit in der Auseinanderlegungsmappe und repräsentiert einen Wehrbeitragswert von 946 000 M.!

Das im staatlichen Besitz befindliche Schloß Neubabelsberg wollte im Jahre 1863 Friedrich Wilhelm IV. absolut seinem Bruder schenken. Ein Minister opponierte unter Hinweis auf die Unzulässigkeit. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Die Papiere des Schloßes ergaben, daß im Jahre 1828 im Park des Schloßes Holz gerodet war, das für 956 Taler und 6 Pfennigen verkauft wurde. Diese Summe stellte also den „Nutzungswert“ des Grundstückes dar. Für diese Bettesummen „kauften“ die Hohenzollern Schloß und Gut Neubabelsberg, das einen Wehrbeitragswert von 17,341 Millionen repräsentiert! Im vorliegenden Vergleichsprotokoll wird Neubabelsberg den Hohenzollern übereignet!

Diese Beispiele sprechen Bände. Sie mögen nur ein kleiner Beitrag sein zur Geschichte der Entstehung eines Reichtumsvermögens. Und deshalb muß offen ausgesprochen werden: im Grunde handelt es sich bei dem eingebrachten Geschenktwurf zum Volkenscheid überhaupt nicht um eine Enteignung. Man kann jemand nicht enteignen, der ein Vermögen in diesem Ausmaß nie besessen hat, sondern es sich im Laufe der Geschichte unter Ausnutzung seiner bevorrechtigten Stellung widerrechtlich aneignete.

Und so werden wir Sozialdemokraten den Kampf um die beschlagnahmte Vermögensmasse führen unter der Parole: Gebet dem Volke wieder, was des Volkes ist!

Die Steuern der Hohenzollern.

Bisher noch keine Steuern gezahlt!

Von besonderer Seite werden wir um die Veröffentlichung der folgenden Anfrage gebeten:

Wenig bekannt ist, daß vor mehreren Jahren, als scheinbar die Annahme der Vergleiche zwischen dem preussischen Staate und dem vormaligen Königshause im Landtage bevorstand, eine Anordnung dahin getroffen wurde, die steuerliche Veranlagung der riesenhaften Vermögensobjekte bis zur parlamentarischen Erledigung des Vergleichs zurückzustellen. Seinen Grund hatte diese Anordnung darin, daß man nicht Vermögens-

objekte unnötig veranlagten wolle, die möglicherweise dem Staat zufließen würden. Andererseits war aber die Notwendigkeit einer Veranlagung doch sehr dringlich, weil ja für viele Objekte, über deren Besitztitel gestritten wurde, bis dahin Grundlagen zur Erhebung von Steuern, also Veranlagungen, überhaupt nicht vorlagen.

An diesem Tatbestand ist nach unserem Wissen bis vor kurzem nichts geändert worden.

Wenn der Vertreter des preussischen Finanzministers, der Geheimrat Erzhropel, ausweichende Erklärungen gab und weiter mitgeteilt wurde, daß auch vom vormaligen preussischen König auf Steuerprivilegien nicht gepocht worden sei, so gehen alle diese Erklärungen an dem eigentlichen Tatbestand vorbei.

Inzwischen ist im Rechtsausschuß des Reichstages mitgeteilt worden, daß für eine ganze Reihe von Steuern aus der Inkraftsetzung eine Nachveranlagung und Erhebung nicht mehr erfolgen könne. Ist es aber richtig, daß eben erst vor wenigen Tagen die Hofkammer, die den 400 000-Morgen-Besitz verwaltet, erstmalig eine Aufforderung zur Selbstveranlagung erhalten hat?

Wir geben diese Anfrage mit der Einschränkung wieder, daß wir der Auffassung sind, daß die Frage der Steuerpflicht der Hohenzollern gegenstandslos wird, wenn das Vermögen, das sie noch nicht in Holland anzulegen vermochten, dem preussischen Staat zufällt.

Unsere lieben Landesväter.

Der Herzog Albrecht von Württemberg hält die Zeit für gekommen, in das Konzert der deutschen Fürsten um ihre „Abfindung“ mit einem recht kräftigen Brummbaß einzustimmen. Er ist zwar Württembergs größter Grundbesitzer, hat drei Schlösser, 33 Domänen, die in der besten Gegend des Landes liegen, vorzügliche Waldungen, Weinberge und einige Häuser in Stuttgart. Auch bezieht er als Generalfeldmarschall eine recht erkleckliche Pension; aber jetzt will er zu seinen drei Schlössern noch einen Teil des neuen Residenzschloßes haben und die in der staatlichen Gemäldegalerie befindliche Gemäldesammlung Barbini-Braganza, d. h. die wertvollsten Gemälde der staatlichen Galerie, außerdem alljährlich eine runde Summe „Abstandsgeld“! Die Forderungen des Herzogs Albrecht bedeuten also nichts anderes als die Ausplünderung der Stuttgarter Museen und eine Verabsindung von jährlich mehreren hunderttausend Mark.

Ein anderer „deutscher“ Herzog, der berühmte Coburger Landesherr, hat, wie aus Coburg berichtet wird, seine „Ansprüche“ an seine Untertanen auf — den Vertrag von Versailles! Am 12. März 1917 war nämlich durch den damals regierenden Herzog Karl Eduard von Coburg ein Hausgesetz ergangen, demzufolge die englischen, belgischen und portugiesischen Agnaten des herzoglichen Hauses von der Erbfolge ausgeschlossen sein sollten, da eine derartige Erbfolge dem „berechtigten nationalen Empfinden der Bevölkerung“ widerspreche.

Dieses nationale Empfinden der Gotha'schen Bevölkerung scheint sich nach Auffassung des Rechtsbeistandes des jetzigen Herzogs, des ehemaligen stramm deutschnationalen Oberpräsidenten Herrn v. Ziller gewandelt zu haben. Herr v. Ziller erhob in einem Schreiben vom 8. Februar 1921 Einspruch gegen das Hausgesetz vom März 1917, und zwar unter Berufung auf Artikel 247 und 248 — des Versailler Vertrags! Diese Artikel bestimmen tatsächlich, daß keine „Beeinträchtigungen der Rechte der englischen, belgischen und portugiesischen Agnaten des herzoglichen Hauses“ erfolgen dürften. So sind sie, die Deutschnationalen vom Bundesfürsten und Oberpräsidenten herunter bis zum simplen Rechtsanwalt, dem Herrn Everling: Juerst der „vaterlandslose“ Hochadel, der russische General und der englische Prinz — und dann erst das eigene Volk! Wenn es aber zum Prozeß kommt, dann benutzt man mit eiserner Stirn — den Schandvertrag von Versailles!

Ja Danyig schiedet der sozialdemokratischen Partei angehörige Senator Rebatzsch 200 ps mit Rücksicht auf seine Reaktionsfähigkeit mit dem 1. März aus dem Senat aus. Als sein Nachfolger wird der sozialdemokratische Bürgermeister von Reuteich, Neel, genannt.

rellen, dem Werk von fünf Jahrzehnten, ein einziger Wille ausdrückt, die Welt rein malerisch zu erleben und sämtlich zu lassen; daß die steilste Höhe, jene wunderbaren Landschaften, die Stillleben, Kinder- und Bildnisse aus den letzten Jahren, diese fast unbegreiflich begabte Vision eines Genies der Malerei, nicht abgetrennt werden kann von seinem früheren Schaffen und daß dieses nur eine andere Form bedeutet für das Phänomen „Corinth“. Vielleicht eine mit mehr Schlägen und Hemmungen, gleichwohl aber von annähernd demselben Gewicht wie die ausgeglühten und abgeklärten Schönheiten jener Spätwerke von fast abstrakter Reinheit.

Daß diese Erkenntnis sich auch dem Widerstrebenden, der den früheren Corinth abgelehnt haben mochte, mit der Ueberzeugungskraft der Anschauung aufzwingt, ist vielleicht das größte Verdienst der Ausstellung. Man erwartete viel von ihr — daß sie Corinth als eine lächelnde geschlossene, so ganz überragende Persönlichkeit darstellte, ist eine wahre Offenbarung mit aller Glückseligkeit und leuchtender Erregung einer solchen. Ueberaus glücklich wirkt in diesem Sinne die Ausstellung der Werke, die bei der Unübersichtlichkeit der Räume in der Nationalgalerie auf jede historische oder sonst dogmatische Regel verzichtet hat und lediglich darauf bedacht war, jeden Raum in sich harmonisch zu füllen und die Spannung nirgends schwächer werden zu lassen. Einige Hauptstücke sind bestimmten Perioden oder Gegenständen vorbehalten. Hier wirken denn auch die herrlichen Säle mit keinen Spätwerken besonders nachvollziehbar; am schönsten vielleicht der Saal mit dem „Ecce homo“, von Blumenstillleben und Babybildern umgeben. Sonst aber ist gerade der Wechsel von früheren und späteren Arbeiten, von religiösen und Mythologischen, von bester Lebenslust, von erotischen und familiären Angelegenheiten, von Stillleben, Landschaften, Akten, Bildnissen, Schlächterläden, Rüttlungen, Überarbeiten und Familienidyllen, das Annuitige und Grobhartige dieser Ausstellung, ihr unfaßbarer Zauber.

Welch ein Mensch ist dies gewesen und wie ein Künstler! Angefichts seines Lebenswerkes, das wie eine unzermahlte weiße und geglederte Landschaft, von höchstem Gipfel geschaut, vor uns ausgebreitet liegt, läßt uns selber der Rausch des Schaffensglückes, das diesen Reichtum hervorgebracht hat. Corinth's Leben „ist nicht nur Mühe und Arbeit gewesen“ (wie hat er gearbeitet, ein halbes Jahrhundert lang!), sondern auch Gelegenheit zum Vollbringen wie selten ein anderes. Unmöglich, hier auf seine Entwicklung einzugehen, auch nur einen kleinen Bruchteil des Ausgestellten zu würdigen. Aber dies ist noch zu sagen: daß er teilsweise der brutale Naturalist und sinnliche Draufgänger gewesen ist, als den ihn manche Einzelwerke zu kennzeichnen scheinen. Nicht gedankliche Tiefe — aber Fülle der Empfindung und eine allesumfassende Liebe lebt in seinem Werk; nicht nur in den tief menschlichen Offenbarungen seiner größten Porträts und religiösen Bildern. Sein Werk zu würdigen, wird der Geschichte überlassen bleiben.

Dr. Paul F. Schmidt.

Die Kanzlerrede in der Nationalgalerie. In der Ansprache, die Dr. Luther bei der Eröffnung der Corinth-Ausstellung hielt, führte er etwa folgendes aus: So sehr gerade in Zeiten wie den heutigen das Politische und Wirtschaftliche im Vordergrund steht, so wollen wir doch nicht vergessen, daß sich das eigentlich

Gesinnungsverwandtschaft oder Geschäft?

Henning und Hugenberg.

Herr Henning hat am Donnerstag das Kabinett Luther eine „Regierung der Henkersknechte am eigenen Bolke“ genannt. Herr Luther hätte ihn beinahe geohrfeigt.

Der deutschnationalen Fraktionsredner, der Abgeordnete v. Vindeiner-Wildau, hat unmittelbar nach dem Zwischenfall diese gemeine Beleidigung auf das schärfste mißbilligt, er hat nach drei Stunden ruhiger Ueberlegung diese Mißbilligung noch einmal unterstrichen.

Die „Deutsche Zeitung“, die den Völkischen oft näher steht als den Deutschnationalen, mißbilligt die Flegel des Henning gleichfalls, bittet nur um mildernde Umstände:

„Der Ausdruck ist nicht zu billigen, er ist eine Entgleisung, die auf die Erregung des parlamentarischen Kampfes zurückzuführen ist, ist ein Beweis dafür, wie das Parlament die Sitten verdirbt.“

Wenn Holstein Börsejobbergeschäfte betreibt, hat ihn der Jubel verführt, wenn Henning im Parlament sich wie ein Flegel benimmt, hat ihn der Parlamentarismus verdorben. Aber immerhin: die „Deutsche Zeitung“ mißbilligt sein Auftreten.

Herr v. Vindeiner-Wildau verurteilt ihn, die rechts von den Deutschnationalen stehende „Deutsche Zeitung“ mißbilligt ihn.

Der „Tag“ des Herrn Hugenberg aber veröffentlicht in seiner Nachtausgabe sein Bild mit folgender Unterschrift:

Ein Opfer der „Henker“

Ist der Abgeordnete Henning, der gestern seinen überaus mutigen und äußerst taktvollen Angriff auf die „Regierung der Henkersknechte“ mit einem Ausschluß von der Reichstagsitzung bezahlen mußte.

Herr Hugenberg, Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, findet den Angriff Hennings „überaus mutig und äußerst taktvoll“. Herr v. Vindeiner-Wildau, Sprecher der deutschnationalen Reichstagsfraktion, hat ihn aufs äußerste mißbilligt.

Herr Hugenberg desavouiert seinen Fraktionskollegen v. Vindeiner-Wildau. Herr Hugenberg findet, das Kabinett Luther sei wirklich eine Regierung der Henkersknechte. Herr Hugenberg ist völkischer als die „Deutsche Zeitung“, noch mutiger und noch taktvoller als die „Deutsche Zeitung“.

Herr Hugenberg hat über Henning hinaus noch eine neue Pointe der Flegelerei finden lassen. „Ein Opfer der Henker“ — wer sind die „Henker“, denen Herr Henning zum Opfer gefallen ist, „überaus mutig und äußerst taktvoll“ zum Opfer gefallen ist?

Herr Hugenberg läßt eine Flegelerei verherrlichen. Fragt sich nur, ob aus Gesinnungsverwandtschaft, oder weil er damit ein Geschäft bei den Völkischen machen will?!

Mahraun nicht „völkisch“ ...

Schon daher verdächtig.

Bisher gehörte der „Jungdeutsche Orden“ zu den verhassten Lieblingsclubs der „nationalen Bewegung“. Nachdem jedoch durch die „Stahlhelm“-Hege gegen den „Hochmeister“ Mahraun die notwendige Stimmung für ein Hoch- und Landesverratsverfahren erzeugt ist, rücken die Patente „vaterländischen“ von ihm ab. Erst Reventlow fühlt sich gezwungen, in seinem „Reichswort“ zu erklären, daß Mahraun niemals Mitglied der deutschvölkischen Bewegung war und es auch jetzt nicht ist. Und in Ludendorff-Hitlers „Völkischen Beobachter“ wird im Tonfall eines Segler-Auffages gegen den „Hochmeister“ polemisiert, der eine „ungeheure Gefahr für das deutsche Volk“ bedeute.

Eine sehr erheiternde Geseßschaft, diese „treudeutschen“ Rannen! Erst ein Hofmann für den „Hochmeister“ und seine Gefolgschaft, dann das „Kreuzige ihn!“ Ganz wie im alten Judäa!

Das Werk Lovis Corinth's.

Zur Ausstellung in der Nationalgalerie.

Western ist die große Corinth-Gedächtnisschau eröffnet worden, die an 500 Gemälde umfaßt und die beiden Obergeschosse der Nationalgalerie füllt. Kultusminister Beder und Reichskanzler Luther hielten feierliche Ansprachen und beendeten damit die kulturelle Wichtigkeit dieses für alle kunstliebenden Kreise interessanten Ereignisses.

Man wird Geheimrat Jasti und den zahlreichen Museen und Privatansammlungen, die ihre Schätze beisteuerten, für das Zustandekommen dieser Schau sehr nachdrücklichen Dank sagen müssen. Solch eine Ausstellung hat man kaum je erlebt: ein halbes tausend Malereien eines Mannes, die nichts als Glück und Freude am Dasein und der Kunst ausströmen. Nicht alles vollkommene Meisterstücke; aber in ihrer Gesamtheit so überwältigend und so voll Schönheit der Malerei, daß man hier das Gefühl hat, unerhört und unverdient beschenkt zu werden. Diese riesengroße Ausstellung ist endlich einmal ohne alle Hemmung und Kritik zu genießen. Wer bisher der Meinung war, nur der Corinth der letzten fünfzehn Jahre sei der überragende Maler gewesen, und sein früheres Schaffen allzu problematisch fand, wird hier seine Ansicht revidieren. Wer dies eine stimmt: nur das gemalte Werk Corinth's kann als das seine gelten. Die vortreffliche Ausstellung seiner Handzeichnungen in der Sezession, die vor einigen Tagen eröffnet wurde, bringt nur Beiläufiges, gemessen an dem Malwerk. Sein Werkzeug war niemals der Zeichenstift, ihn handhabte Corinth als ein unentbehrliches Erfassungsmittel, das rasch und allenthalben bei der Hand war zum Rötlichen erster Sinneseindrücke, niemals aber, um endgültige Formen zu finden. Bei den Handzeichnungen sucht man beständig, ohne zu finden, was man sucht, bis man sich darüber klar wird, daß es das Wesen des Meisters ist, welches man hier entbehrt. Corinth's Werkzeug war allein der Pinsel, sein Mittel Delarbo oder Aquarell. Das Seltene ward Ereignis: daß ein deutscher Künstler sich mit einer fast gewaltigen Ausschließlichkeit als malendes Ingenium ausgedrückt hat; ein Wunder, das in dieser Intenstität sich nur alle paar Jahrhunderte begeben hat.

Aber dies ist es, was das Phänomen Corinth so gewaltig macht, daß er nicht nach einem schönen Aufstieg mit höherem Alter trocken und unfruchtbar wurde, sondern daß er sich in einer fast unaufhaltbar steigenden Kurve zu immer stolzeren und freieren Höhen erhob und seine Vollendung fast in seinem letzten Lebensjahr erreichte. Betrachtet den Weg, der von den hübschen kleinen Landschaften um 1880, von dem ersten großen Meisterwerk, dem Wasserbildnis von 1887, bis zu der erschütternden Höhe des „Ecce homo“ von 1925 führt: der Abstand ist ungeheuer. Die Spannung, so unerträglich, daß sie für ein Menschenleben fast allzugroß erscheint. Rembrandt hat sie ähnlich erlebt, aber schon Marées oder Cézanne, die Größen der letzten Generationen, wirken temperierter in der Ueberflut ihres Gesamtmerkes.

Das, was zwischen diesen Polen von Anfang und Ende liegt, ist bei allen Abirrungen und Seitenwegen die eine einzige Linie, die aufwärts führt. Revidieren müssen wir unser Urteil in dem Sinne, daß sich in dieser gewaltigen Masse von Bildern und Aqua-

Malereien besonders stark in den Dingen der Kultur auswirkt, und daß wir uns ein Leben unseres Volkes, ja ein Leben der Menschheit ohne scharfes, inneres Verhältnis zu Kunst und Kultur überhaupt nicht zu denken vermögen. Das ist schließlich auch der Titel, unter dem ich als deutscher Reichskanzler diese Ausstellung von ganzem Herzen begrüßen darf als einen Ausdruck gemeinsamen deutschen kulturellen Willens. Gerade bei der Malerei schließt sich die Vielgestaltigkeit unseres deutschen Kulturlebens besonders stark zusammen in einem einheitlichen deutschen Kulturempfinden, stärker als bei der Literatur, wo man eher von Schriftstellern des Nordens und Schriftstellern des Südens sprechen kann. Sicherlich ist gerade die Kunst eine der stärksten Brücken von Volk zu Volk. Auf dem Gebiete der Kunst ist es vielleicht am leichtesten, in sich aufzunehmen, was die anderen darbieten, und sich auch durch andere zu bereichern. Wir wissen, daß Lovis Corinth eine große Schule im Auslande erfahren hat, daß er von der französischen Malerei viel in sich aufgenommen hat, ohne dadurch von dem Eigentlichen, dem charakteristischen Deutschen etwas zu verlieren. Und einen dritten Gedanken möchte ich in der Lage, in der sich unser deutsches Vaterland befindet, aussprechen, wenn ich von Lovis Corinth rede. Durch das Leben von Lovis Corinth ist ein schwerer Bruch gegangen. Lovis Corinth hat das Schicksal einer schweren Krankheit erfahren, die manchen anderen zur Strecke gebracht hätte. Er aber hat die Kraft wiedergefunden, er hat auf anderer Grundlage unter ganzer Einziehung seiner Person weitergeschritten, und wir wissen, daß auch nach den Jahren seines gesundheitlichen Zusammenbruchs Meisterwerke, vielleicht die größten Meisterwerke aus seiner Hand, entstanden sind. Diese kraftvolle Existenz zum Leben, diese Bejahung zum Leben auch dann, wenn Hindernisse eintreten, muß für das deutsche Volk ein Vorbild sein. Wir tragen eines schweren Kriegeres Last. Durch das Leben des deutschen Volkes ist auch ein schwerer Bruch gegangen. Darum dürfen wir aber keinen Augenblick verzagen, sondern wir müssen, wie Lovis Corinth es tat, alles, was uns geliebt ist, zusammenfassen, um zu arbeiten und zu schaffen. So ist uns Lovis Corinth auf dem Wege der Ueberwindung schwerer Not ein leuchtendes Vorbild. Nur bleibt ein Unterschied zwischen dem Leben des einzelnen Menschen und dem Leben des Volkes: das Leben des einzelnen Menschen vergeht, das Volk aber bleibt. Das Volk bleibt dauernd und dauernd bleibt die deutsche Kunst!

Ridelt und die „Komische Oper“. Der Verwaltungsdirektor Wolff von der „Komischen Oper“ erhebt in der Presse die heftigsten Anschuldigungen gegen den Bühnengenossenschaftspräsidenten Gustav Ridelt, den Autor der zurzeit in der „Komischen Oper“ spielenden Revue „Von A bis Z“, dem er sehr große, zum Teil unhaltbare geschäftliche Vorteile aus seiner Verbindung mit James Klein vorwirft. — Ridelt bezeichnet die Mitteilungen als eine ungeheure Insinuation und niederrichtige Existenz, in der nahezu jede Zeile erfunden und erlogen sei.

Das Renaissance-Theater verankaltet heute, Sonntag und Montag drei Berliner Abende mit Klaudivia Schinger und Friedrich Hollaender am Klavier. Anfang 8½ Uhr.

Prof. Gustav Röhlsdörfer, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes für geistiges Eigentum, ist 67 Jahre alt, in Bern gestorben.

Beginn der Beratung des Etats für 1926.

Straffere Gestaltung der Ausschussberatungen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt begann auf Beschluss des Kabinetts bereits gestern vor der ersten Sitzung im Plenum die Beratung des Haushalts für 1926, und zwar mit dem Etat des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung fand eine längere Aussprache über Vorschläge des Vorsitzenden, Genossen Heiman, statt, die eine straffere Gestaltung der Haushaltsberatungen und dadurch die rechtzeitige Verabschiedung des Etats gewährleisten sollten. Die Vorschläge wurden unter Zustimmung aller Parteien als Richtschnur für die Verhandlungen angenommen.

Aus der sachlichen Beratung war bemerkenswert die scharfe Konfrontation zwischen den Vätern und dem Reichsverkehrsministerium in der Frage der geplanten Verwirklichung der Wasserstraßenbehörden in der Provinzial- und Ortsfinanz. Während der Vertreter Preußens auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Preussischen Landtages aus vermögensrechtlichen, politischen und finanziellen Gründen die Vereinheitlichung in der Hand des Reiches scharf bekämpfte und dabei die Unterstützung der Vertreter von Bayern und Hessen fand, betonte der Reichsverkehrsminister mit großem Nachdruck, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen nach den verschiedensten Richtungen erhebliche Vorteile für die Allgemeinheit mit sich bringen würden. Von den Ausschussmitgliedern sprach sich nur der Abgeordnete Dauer (Bayern, Dp.) entschieden gegen die beabsichtigte Zentralisierung der Reichswasserstraßenverwaltung aus.

Die Lohnsteuererstattungen für 1925.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Vereinfachung.

Lohnsteuerpflichtige, die wegen Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung usw. einen Verdienstausschlag gehabt haben, haben das Recht, Erstattung der Steuer zu beantragen, die ihnen zuviel abgezogen worden ist, weil die Ermäßigungen für die Zeit des Verdienstausschlages nicht angerechnet worden sind. Für das Jahr 1925 beruht dieser Erstattungsanspruch einmal auf dem Steuerübertragungsrecht und zweitens auf dem Einkommensteuergesetz. Da diese beiden Gesetze die Lohnsteuerbestimmungen zweimal geändert haben, sind die Erstattungsrechnungen für das vergangene Jahr besonders erschwert.

Von Woche zu Woche wird es klarer, daß die geltende Regelung ungeheuer kompliziert ist und dringend der schleunigen Vereinfachung bedarf. Die Lohnsteuerpflichtigen können unmöglich noch wissen, wie im Mai oder Juni der Lohnabzug zu berechnen war, die Arbeitgeber müssen zu jedem Erstattungsantrag eine dreifache Lohnbescheinigung ausstellen, die womöglich den Lohn für jede Woche getrennt angeben muß. Und die Finanzämter schließlich müssen bei jeder Erstattung drei Berechnungen vornehmen. Kein Wunder, daß die meisten Steuerpflichtigen aus diesem Grunde ihrer Erstattungsansprüche überhaupt verlustig gehen. Ebenso erklärlich ist es, daß die Arbeitgeber verärgert sind über die unnötigen Schreiberarbeiten, die ihnen die Lohnbescheinigungen verursachen. Die Finanzämter aber wissen nicht mehr, wie sie die Erstattungen überhaupt bewältigen sollen. Eine ganze Reihe von ihnen hilft sich dadurch aus der Schwierigkeit, daß sie die geltenden Bestimmungen falsch anwenden und dadurch die Steuerpflichtigen um erhebliche Beträge schädigen. Andere wenden von sich aus vereinfachte Verfahren an, die von den anderen Finanzämtern wiederum nicht anerkannt werden. So wächst die Verwirrung in der Finanzverwaltung und die Erbitterung bei den Arbeitnehmern und Arbeitgebern von Tag zu Tag.

Dieser bedrohlichen Entwicklung sieht das Reichsfinanzministerium tatenlos zu. Es hat es nicht einmal für nötig gehalten, die Finanzämter und die Öffentlichkeit über die geltenden Bestimmungen durch Herausgabe eines Merkblattes aufzuklären. Während bei den Besteuerungen alle möglichen Erleichterungen geschaffen werden, auf die zu jedem Zahlungstermin in ausführlichen Erlassen des Reichsfinanzministeriums besonders hingewiesen wird, geschieht für die Lohnsteuerpflichtigen nichts, um ihnen die Ausübung ihrer Erstattungsansprüche zu erleichtern. Dadurch, daß man die Steuerpflichtigen im unklaren über ihre Rechte läßt, werden die Erstattungen zum größten Teil unmöglich gemacht.

Um diesen Zustand ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Vereinfachung der Erstattungen für 1925 dadurch vorschlägt, daß die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes rückwirkend für das ganze Jahr 1925 in Kraft gesetzt werden. Eine solche Vorgehensweise würde bei jeder Erstattung nur eine Berechnung nötig machen. In bezug auf die Erstattungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse nach § 56 des Einkommensteuergesetzes ist die Rückwirkung bereits vom Finanzministerium selbst durch Erlass vom 18. August 1925 zugestanden worden. Der Antrag muß unterzögig zur Beratung kommen, da die Frist für die Erstattungsanträge nur noch bis zum 31. März läuft.

Staatsratswahlen in Sachsen.

Ein Erfolg der Linken.

Halle, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Sachsen, die durch den Provinzialtag heute vorgenommen wurden, hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt 2 Sozialdemokraten, Oberbürgermeister Weims-Magdeburg und Geschäftsführer Witz-Scholz-Erfurt, 2 Deutschnationale, 1 Volksparteiler, 1 Kommunist und 1 Demokrat.

Bei den Wahlen zum Provinzialausschuß haben die republikanischen Parteien durch Offenverbündung mit den Kommunisten erreicht, daß gewählt wurden: 4 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Demokrat, 1 Zentrumsmann, 1 Völkischer und 6 Deutschnationale und Volksparteiler. Zum Vorsitzenden wurde wieder ein Sozialdemokrat, der Genosse Oberbürgermeister Weber-Halberstadt gegen den Deutschnationalen, Oberbürgermeister Nieß-Halle, gewählt.

Bayerische Verfassungstreue.

Unterdrückung der Kommunisten.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine mit sozialdemokratischer Unterstützung eingebrachte Interpellation der kommunistischen Landtagsfraktion, die von der bayerischen Regierung die Aufhebung der polizeilichen Besetzung der kommunistischen „Neuen Zeitung“ und die Abstellung der willkürlichen Verhinderung von Versammlungen der KPD in Bayern forderte, wurde am Freitagvormittag im Landtag behandelt. Volksminister Stübel beantwortete den Landtag mit dem Hinweis darauf, daß die Besetzung der „Neuen Zeitung“ lediglich den Zweck gehabt hätte, die Herstellung von Flugblättern für die verbotene Demonstration am 27. Januar zu verhindern. Im übrigen sollen auch in Zukunft alle Versammlungen der Kommunisten in Bayern verboten werden, weil sie den Umsturz des bestehenden Staates in ihrer Gesellschaftsordnung zum Programm gemacht haben. Die Versammlungsfreiheit will der Innenminister nur dann gestatten, wo sie nicht den strafrechtlichen Bestimmungen zuwiderläuft. Das Verbot soll auch den kommunistischen Abgeordneten verboten werden, solange sie ihre Ausführungen nicht im Rahmen der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten halten.

Briand vor der Entscheidung.

Genosse Lauriol stellt ihn vor die Wahl zwischen rechts und links.

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Man wird ohne Übertreibung sagen dürfen, daß die Rede des sozialistischen Abgeordneten Lauriol den Höhepunkt der nunmehr vier Tage dauernden Finanzdebatte in der Kammer gebildet hat. Lauriol, der seine am Donnerstag abend begonnenen Ausführungen in der Freitag-Nachmittagsitzung zu Ende führte, wies mit unwiderleglicher Logik die ganze Haltungslosigkeit des Doumerfchen Sanierungsprogramms nach, das unvermeidlich zu einer neuen gewaltigen Steigerung der Lebenshaltungskosten und damit zu neuer Inflation führen muß. Mit beständiger Ironie zerriß er das Lügengebäude, mit dem die vergiftete Kampagne der Rechtspresse das Sanierungswerk der Linken zu sabotieren versucht. Der beste Beweis für die Güte dieses Ausschussantrages sei das Wutgeschrei derjenigen, die dadurch gezwungen werden sollen, die bisher unterschlagenen Steuern zu zahlen, nicht minder als die Aufregung der Börse über die geplante Umwandlung der Inhaber- in Namenspapiere.

Der Regierung machte Lauriol zum Vorwurf, die Spekulation gegen den Franken nicht genügend bekämpft und es veräumt zu haben, die amerikanischen Kredite rechtzeitig in die Wagschale zu werfen. Für eine wirkliche Stabilisierung der Währung müsse man allerdings ein konkretes Programm und den energischen Willen zu wirklich durchgreifenden Reformen haben. Das beste Mittel, die Hauffe der fremden Devisen einzudämmen, sei eine Senkung des inneren Preisniveaus in Verbindung mit einer Sanierung des Budgets unter Verzicht auf neue indirekte Steuern. Die einzige Handhabe dafür biete eine

damalige außerordentliche Vermögensabgabe.

Den Geldumlauf könne man erheblich vermindern, indem man die Theaurierung durch eine Abstempelung und durch Entwicklung des Scheckverkehrs verhinderte. Nur mit solchen Mitteln könne das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Staates wiederhergestellt werden, das in erster Linie die Stabilität der Wirtschaft und die Sicherheit gegen eine neue Inflation zur Voraussetzung habe. Vincent Lauriol, den die Mehrheit wiederholt mit minutenlangem Beifall, die Rechte mit lärmenden Wutausfällen unterbrach, schloß

nach einer vernichtenden Kritik an der Finanzpolitik des „Nationalen Blocks“ mit der Aufforderung an Briand, im Verein mit den Vertretern der Linken den Egoismus der privilegierten Schichten zu brechen und die Linke im Kampf gegen die Reaktion zum Siege zu führen.

Dann kam Finanzminister Doumer zu Wort. Die Verteidigung seines Projektes war schwach und ohne jeden Enthusiasmus, seine Kritik an dem Gegenentwurf der Kommission farblos und uninteressant.

Angehts des bevorstehenden Endes der Generaldebatte in der Kammer über die Finanzvorlagen haben die Vorstände der drei Kartellfraktionen am Freitag auf Vorschlag der Sozialisten beschlossen, die von der Kommission aufgestellte Reihenfolge umzustellen und zunächst ein Gegenprojekt zur Abstimmung zu bringen, das einen Artikel 13 der Regierungsvorlage wieder aufnimmt. Der Zweck dieses Beschlusses ist, die Kammer schon gleich zu Beginn der Spezialberatung zu einer klaren Entscheidung zwischen der Regierungsvorlage und dem Kommissionsprojekt zu zwingen.

Beilegung einer Konfliktmöglichkeit.

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Zwischenfall, zu dem es am Donnerstag im Finanzausschuß anläßlich eines von der Regierung beantragten Credits zur Einberufung der Referenten des Jahrgangs 1920 gekommen war, hat am Freitag vormittag im Plenum der Kammer ein Nachspiel gehabt. Die Sozialisten hatten die Streichung jedes Credits beantragt; der Vorsitzende des Ausschusses hatte den Vermittlungsvorschlag gemacht, die Diskussion darüber von der des provisorischen Budgets zu trennen und die Regierung zu veranlassen, ihre Kreditforderung zum Gegenstand eines besonderen Gesetzentwurfes zu machen. Diesen Antrag nahm, nachdem die Sozialisten sich damit einverstanden erklärt hatten, die Kammer mit 403 gegen 132 Stimmen an.

Deutschland-Ehrung in Italien.

Durch faschistische Abscheulandgebung.

Rom, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag veranstalteten Studenten einen großen Umzug, um gegen den angeblich in der deutschen Presse geführten antitalienischen (N) Feldzug zu protestieren. Sie zogen vor das deutsche Botschaftsgebäude, wo sie einen Stapel deutscher Zeitungen unter Gejohle verbrannten. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. „Stefani“ teilt mit, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, um derartige Umzüge in Zukunft zu verhindern.

Es erfüllt uns mit lebhafter Genugtuung, die Faschisten über die reichsdeutsche Presse entrüstet zu sehen. Möchte dieses Gefühl ständig reichliche Nahrung finden, so daß es erst mit dem Faschitentum zusammen verschwinde!

Das Ausnahmegesetz gegen die „Ausländer“ in Südtirol.

Rom, 29. Januar. (Wtd.) In der „Gazzetta Ufficiale“ (Amtsblatt) vom 29. Januar 1926 ist folgendes Dekret veröffentlicht: Artikel 1. In den Grenzgebieten bis innerhalb 30 Kilometer von der Reichsgrenze können die zuständigen Sicherheitsbehörden aus Gründen des öffentlichen Interesses Ausländer, die Konzession zur Ausübung von Berufen, Gewerben, Künsten und Handwerken, die im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und der dazugehörigen Rechts- und Ergänzungsbestimmungen genannt sind, verweigern.

Artikel 2. Jenen Ausländern, die im Momente der Veröffentlichung dieses Gesetzes die Konzession zur Ausübung dieser Berufe besitzen, kann die Konzession mit dreimonatlichem Termin entzogen werden.

Artikel 3. Dieses Dekret tritt mit dem 20. Januar in Kraft. Unter diese Berufe und Gewerbe fallen: 1. Handel mit Waffen und Erzeugung von Waffen; 2. Gastgewerbe; 3. Theater und Kino; 4. Pfandlohanstalten; 5. Hausier- und Wanderhandel; 6. Ploggewerbe (Fischer, Dienstmänner, Neopagos); 7. Bad- und Schließgesellschaften; 8. Apotheken; 9. chemische Industrie, die Medizinaleum erzeugt und Erzeugung medizinischer Spezialitäten; 10. Betrieb medizinisch-chirurgischer Institute; 11. Bade- und Wasserheilanstalten; 12. Bohnen; 13. Autotransporte und Kleingepäckfabrikation; 14. Versicherungen; 15. Lagerhäuser; 16. Radioinstitute; 17. Handel mit Speisefarben, Feuerzeugen, Zündhölzern und Monopolarzellen; 18. Betriebe von Unternehmungen, in denen produktionssteuerpflichtige Artikel erzeugt werden: Essig, Sphon, Bier, Kaffeezurrogat, Gas, Elektrizität, Seifenfabrik, Branntwein.

Um die Tendenz dieses Erlasses ganz zu verstehen, fügt das Reichs-Bureau hinzu, „muß man ein anderes Dekret berücksichtigen, nach dem allen Deutsch-Italienern, sofern sie in ihrer politischen Gesinnung nicht als zuverlässig erachtet werden, das italienische Staatsbürgerrecht genommen werden kann. Sie werden damit „Ausländer“ in der Heimat ihrer Väter, und man entzieht ihnen auf Grund des neuen Dekrets die Konzession für ihren Handels- und Gewerbebetrieb. Man muß es den italienischen Faschisten lassen, sie sind in der Erkundung von Methoden zur Ausrottung des Deutschums unerreicht.“

Russische Verkehrsicherheit.

Privatgebäude wird bespitzelt.

Des Deutsche Generalkonsulat in Tiflis hatte einem Reichs- andehrsbrüder zur Abgabe bei der Deutschen Botschaft in Moskau ein Briefpaket mitgegeben, welches amtliche Schriftstücke enthielt. Das Paket war entgegen der bestehenden Übung im Koffer des Ueberbringers, den er ausgegeben hatte, verwahrt worden. Bei Ankunft in Moskau fehlte der Koffer und wurde auf Reklamation nachgeleitet, wobei sich herausstellte, daß der Koffer gewaltsam geöffnet, das amtliche Paket seines Inhalts beraubt und mit anderem Inhalt versehen war. Die deutschen Amtsiegel waren durch falsche Verfassungen ersetzt worden.

Auf sofortiges Vorgehen der deutschen Regierung hat die Sowjetregierung ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen, ist aber im übrigen in ihrer Antwort auf das deutsche Verlangen nach Entschädigung, Rückgabe der Amtspost, sofortiger Unternehmung und Bestrafung der Täter davon ausgegangen, daß ihrer Meinung nach eine Beteiligung amtlicher Sowjetorgane nicht erwiesen sei. (Somit machen immer die „Nichtgentlemen“, auf die man sich dann ausreden kann, Red. d. „B.“) Sie hat zutreffendfalls entsprechende Genugtuung zugesichert und befähigte behördliche Untersuchung durch einen besonders eingesetzten Untersuchungsausschuß zugesagt.

Die Auffassung des bayerischen Innenministers bedeutet praktisch einen neuen Bruch der Reichsverfassung. Sie sichert jedem Deutschen Meinungsfreiheit in jeder Weise zu. Im übrigen aber ist Herr Stübel nicht der Mann, der über „allgemeine staatsbürgerliche Pflichten“ zu urteilen berufen ist. Er versteht unter dieser Theorie nichts anderes als die Verwirklichung einer Parteimeinung, deren Sinn praktisch auf den Bruch der Verfassung hinausläuft. Der bayerische Minister ist der beste Beweis dafür. Jedenfalls wird es langsam Zeit, daß sich auch der Reichstag einmal mit der Frage beschäftigt, ob in Bayern noch die Verfassung gilt oder nur deren Auslegung durch die gegen die Weimarer Verfassung eingestellten bayerischen Minister.

Kommunistische Attentatspielerei.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fingigkeit der Münchener Polizei in der Aufdeckung des im November 1923 erfolgten Sprengstoffattentats auf das Bezirksamt in Füssen erhält ihre charakteristische Beleuchtung durch folgende von eingeweihter Seite uns zugehende Mitteilung: Von dem Attentat hatte ein Mädchen aus Füssen, das seit längerer Zeit bei dem bekannten ehemaligen Franziskanerpater Simon Hausengestülte ist, genaue Kenntnis. Ihr bisher sorgfältig gehütetes Geheimnis vertraute sie vor einigen Wochen einem im Hause Ammons verkehrenden Schriftleger an, der es sofort der Polizei verriet, um sich die ausgesetzte Belohnung zu verdienen. Die Polizei verhaftete hierauf den Attentäter Rothärmel, einen durchaus anständigen und harmlosen Arbeiter, der sich aber in jenen aufgeregten Tagen des November 1923 von den kommunistischen Thesen hat verführen lassen. Rothärmel legte ein umfassendes Geständnis ab, durch das die Rolle des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Wendelin Thomas ausgedeutet wurde. Thomas, der flüchtig ist, handelte im Auftrag der kommunistischen Partei, die also die eigentliche Verantwortung für das Verbrechen, das über die Familien der drei Verhafteten kommt, zu tragen hat.

Bauern und Großgrundbesitz.

Die mittleren und kleineren bäuerlichen Betriebe gegen die ungerechte Steuerbelastung.

Vertreter des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe und des Deutschen Bauernbundes waren, laut „Konjunktur-Korrespondenz“, unter Teilnahme des Reichstagsabgeordneten, Minister a. D. Könnenburg beim Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Sie setzten den Minister vor der außerordentlichen Erregung in Kenntnis, die in den bäuerlichen Kreisen durch die ungerechte Art der Veranlagung zur Einkommen- und Umsatzsteuer entstanden ist. Der bäuerliche Wut aller Größenklassen sei in erheblichem Umfange zu Steuern herangezogen worden, während die Großgrundbesitzer mit Hilfe der Buchführung zum großen Teil von der Einkommensteuer befreit seien. Es wurde dringend um rasche Abstellung dieser Mißstände, die vor allem durch die Arbeitslosigkeit und die ungerechte hohen Durchschnittssätze entstanden sind, gebeten. Entsprechende Vorschläge sind von den Verbänden gemacht worden. Der Minister sagte die Prüfung der Beschwerden zu.

Außerdem bat er dieselben Verbände den Minister, dessen freundliche Einstellung zur Siedlungsfrage bekannt ist, um seine Unterstützung bei der Bereitstellung von Reichsmitteln für die landwirtschaftliche Siedelung.

Ein deutschnationaler Ehrenmann.

Auch ein „Reiniger“ Deutschlands.

Der Sekretär der Vorarlberger Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei, der „Schriftsteller“ Alfred Striepelmann, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet, weil er im dringenden Verdacht steht, eine Anzahl Betrugsereien, Unterschlagungen und Rechnungsbilanzierungen begangen zu haben. Auch die Deutschnationale Partei gehört selbst zu den Geschädigten. Striepelmann war einer der mächtigsten Heber gegen die Sozialdemokratie, der sich in der Zeit des Vornat-Bombats die „Reinigung des öffentlichen Lebens“ besonders angelegen sein ließ und in der Vorarlberger Ortsgruppe der Deutschnationalen eine hervorragende Rolle spielte.

Die Anklageschrift gegen Vornat. Von unerklärteter Seite erfahren wir, daß die Anklageschrift gegen Julius Vornat und Genossen, deren Umfang glücklicherweise 800 Seiten erreicht hat, seit acht Tagen fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen den Angeklagten zugehen wird.

Wenn der Verband auf der Höhe ist!

Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe.

Bis zum August 1925 hatten sämtliche Berufsgruppen unseres Verbandes Hochkonjunktur, und zwar dergestalt, daß die paritätischen tariflichen Arbeitsnachweise nicht in der Lage waren, alle geforderten Arbeitskräfte vermitteln zu können. Es machte sich hier der allgemeine Mangel an Qualitätsarbeitern bemerkbar. Besonders war es das Chemigraphiegewerbe, welches durch das entwickelte Illustrationswesen einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Darüber hinaus hat das Reklame- und Propagandawesen und die Einführung von Postungen für einen großen Teil der Waren im Detailhandel auch dem Steindruck- und Lithographiegewerbe große Aufträge zugeführt. Nun ist aber der Inlandsbedarf zum großen Teile gedeckt, und da Auslandsaufträge zum größten Teil verloren gegangen sind, so sind namentlich auch unsere Berufe von der allgemeinen Wirtschaftskrise in Mitleidenchaft gezogen worden. Die Zahl der Arbeitslosen erinnert bereits an die Zeit der Inflation im Dezember 1923.

Daß die Dinge solche Formen angenommen haben, ist ein Beweis dafür, daß auch die Arbeiter unserer Berufe in den hinter uns liegenden Jahren in den Betrieben sowie in den Gewerben überhaupt keine volkswirtschaftliche Politik getrieben haben. Sie konnten über ihre Betriebe nicht hinaussehen und haben sich lediglich von profitlichen Augenblickserfolgen leiten lassen. Namentlich ist auch die Krise über sie hereingebrochen, und in ihrer kurzfristigen Einstellung jammern sie jetzt über zu hohe Löhne, nennen das Jahr 1925

„ein Jahr des Mißgünstigen“.

well die Gehilfenschaft es fast ausnahmslos verstanden hat, die Löhne auf eine Höhe zu bringen, die wenigstens im bescheidenen Ausmaß eine menschliche Existenz sichert. Auch die Arbeitgeber unserer Berufe versuchen ihre wirtschaftliche Lage dadurch zu halten, indem sie teilweise ihre Betriebe stilllegen, Kurzarbeit einführen und im allgemeinen die Krise dazu benutzen wollen, eine Herabsetzung der Löhne durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Arbeitgeberorganisation im Steindruck- und Lithographiegewerbe sich nicht scheut, von den Behörden zu fordern, daß jenen Gehilfen, die zu dem gebotenen Lohn des Betriebsinhabers die Arbeit nicht angenommen haben, die Erwerbslosenunterstützung entzogen wird.

Über selbst dieses letzte Mittel ist ein Schlag ins Wasser geworden, weil die Organisation auf Grund ihres vorzuschauenden Verbandstagesbeschlusses in Köln im August 1925 bereits

den Wochenbeitrag auf 2 M. festgesetzt

hat und dadurch in die Lage kam, ihre Unterstützungsleistungen für die arbeitslosen Mitglieder derart zu bemessen, daß sie nicht gezwungen sind, ihre hochqualifizierte Arbeitskraft zu Hungerlöhnen anbieten zu müssen. Die Stärke der Organisation wird auch hier die Arbeitgeber hindern, ihre tendenziösen Pläne zu verwirklichen.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe umfaßt sieben Berufsgruppen und hat durch diese Tatsache allein schon bewiesen, daß er nicht nur theoretisch, sondern praktisch auf dem Boden des Industrieverbandes steht. Er ist bestrebt, sämtliche Berufsgruppen unter ein gemeinsames Tarifverhältnis zu bringen. Bisher ist das soweit gelungen, daß, mit Ausnahme der Formstecher, für alle übrigen Berufsgruppen in zwei Tarifen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt, der Achtstundentag und Ferien bis zu 12 Tagen eingeführt sind.

Der eine Tarifvertrag umfaßt das Steindruck-, das Lithographiegewerbe und die Photographische Kunstdruckindustrie, der andere Chemigraphie, Kupfer-, Tief- und Lichtdruck. Beide Tarife sind für allgemeinverbindlich erklärt, und ihre Bestimmungen finden damit für alle Berufsangehörigen Anwendung. In der Zeit der Inflation waren auch die Löhne tariflich nach Altersstufen festgelegt, jedoch das allgemeine Niveau der Löhne hat dazu geführt, daß jetzt in beiden Tarifen nur mehr ein Lohn für Ausgelernte festgelegt ist, welcher zurzeit 34 bzw. 36 M. beträgt. Nach Vollendung des ersten Gehilfenjahres unterliegt der Lohn freier Verelbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und der Dauer der Beschäftigung.

Wenn es der Kollegenschaft gelungen ist, sich einen Leistungslohn in einer bestimmten Höhe zu erringen und denselben auch in

der Zeit der Krise zu halten, dann war dies nur deshalb möglich, weil

die Berufsgenossen ausnahmslos gewerkschaftlich organisiert

sind, in einem Verbands fast bis zu 100 Proz. Diese wirtschaftliche Stärke wird auch in der Zukunft alle Berufsangehörigen vor der Willkür der Unternehmer schützen.

Die Ursachen der Krise sind bekannt, und wir können von unseren Berufen sagen, daß die Arbeitgeber durch ihren konservativen Kräftegeist ein gerüttelt Maß von Schuld dadurch auf sich geladen haben, daß sie seit Jahren nicht genügend für eine Verbesserung und Erneuerung der technischen Einrichtungen in ihren Betrieben gesorgt haben. Die die harten Tatsachen werden auch hier die Unternehmer zwingen, in den Geldbeutel zu greifen und eine Modernisierung ihrer Betriebe vorzunehmen. Erst dann besteht wieder die Aussicht, verlorene Absatzgebiete für deutsche Produkte zurückzuerobern.

Die Mitglieder des Verbandes werden zähe daran festhalten, das Ziel einer Kulturlohnhöhe zu erreichen auf Grund ihrer Qualitätsarbeit und mit Hilfe gewerkschaftlichen Geistes, der getragen ist von Solidarität und Disziplin.

Die Notstandsarbeiten kommen in Gang.

Aus den Mitteilungen des „Vorwärts“ und aus den Debatten in der Stadtverordnetenversammlung ist die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß die Vergabe der städtischen Notstandsarbeiten nur sehr langsam in Gang kommt. Wie wir erfahren, sind jetzt mit Ausnahme von zwei kleineren Projekten in den Bezirken Jeshendorf und Tempelhof sämtliche Arbeiten aus der Sechsmillionen-Budget der Magistrats schon vergeben bzw. werden bis spätestens Montag vergeben sein. Ein Teil dieser Arbeiten ist infolge dessen schon in Angriff genommen und man kann damit rechnen, daß spätestens im Laufe der nächsten Woche sämtliche Arbeiten voll in Betrieb sind. Dadurch werden dann im Laufe der Zeit bis zu 2000 Notstandsarbeiter — von etwa 150.000 männlichen Arbeitslosen — Beschäftigung finden. Die Einstellung für diese Arbeiten belaufen sich auf etwa 100 Mann täglich.

Bei der H.C.H.-Bahn kommen die Arbeiten zunächst aus technischen Gründen auch nur langsam in Gang. Infolge des Beschlusses auf Aufnahme der Arbeiten an dieser Bahn sind bei der Nord-Südbahn im Laufe dieser Woche bisher etwa 200 Neueinstellungen erfolgt. Gestern sind die Bäume am Kottbuser Damm besetzt worden. Am Montag wird mit der Verlegung der Straßenbahnstrecke und mit den Reparaturarbeiten begonnen werden. Die Direktion der Nord-Südbahn rechnet damit, daß sie in den nächsten beiden Wochen noch weitere 200 Arbeiter einstellen wird. Wenn dann die technischen Vorbereitungen für den Beginn der Erdbauarbeiten durchgeführt sind, kann von Mitte Februar ab die Zahl der Arbeiter auf diesem begonnenen Teil der Strecke auf etwa 1000 Mann gesteigert werden. Der technische Ausschuss der H.C.H.-Bahn-Deputation hat inzwischen gestern die Projektberatung auch in den Einzelheiten weiter gefördert. Auf der zunächst beschlossenen Strecke: Hermannsplatz — Köpenicker Straße wird die Nord-Südbahn H.C.H. die Arbeiten sowohl am südlichen Ende im Zuge des Kottbuser Damms wie auch an der Teilschneise Köpenicker Straße — Dresdener Straße im Zuge der Reuendorferstraße in Angriff nehmen. Die dazwischen liegenden Bauarbeiten werden wahrscheinlich nach Maßgabe der für die Finanzierung zur Verfügung stehenden Mittel an Unternehmer vergeben werden. Außerdem sind die Projekte der Tiefbauverwaltung für den nördlichen Teil der Strecke, d. h. für den Bahnhof Gesundbrunnen und für die Teilschneise Invalidenstraße — Weinmeisterstraße grundsätzlich genehmigt. Die Inangriffnahme der Arbeit an diesem Teil hängt allerdings von der Bereitstellung größerer Mittel ab, über die zurzeit noch verhandelt wird.

Am Hermannsplatz selbst wird sich inzwischen das Bild schon im Laufe der nächsten Woche stark ändern. Der Abruch der Häuser an der Westfront wird mit Macht gefördert. Auf dem Platz selbst werden die Straßenbahnstrecke auf die östliche Seite verlegt, um Platz für die durchgehende Baugrube der H.C.H.-Bahn zu gewinnen. An die Reichs- und Staatsbehörden muß allerdings die dringende Aufforderung gerichtet werden, die großen Unternehmungen der Stadt Berlin auch von sich aus zu fördern und zu unterstützen.

Die Stadt Berlin allein kann selbstverständlich nach allen Maßnahmen, die sie ergreift, nur das leisten, was sich im Rahmen ihrer finanziellen Kräfte bewegt und die hat sie in den denkbaren weitaus angepannt. Man hätte allerdings erwarten können, daß die Vorarbeiten von der Stadtverwaltung mit größerer Beschleunigung durchgeführt worden wären.

Die Einheitskomitee-Mache.

Die Tatsache, daß in der Frage der Abziehung der fürstlichen Ansprüche durch Volksentscheid eine Verständigung zwischen der SPD, der KPD, und dem ADGB erfolgt ist, bemühen die Kommunisten dazu, unsere Partei- und Gewerkschaftsgenossen in den Betrieben für ihre sonstigen Parolen und Aktionen einzufangen, und zwar in Form kommunistischer „Einheitskomitees“.

Der Plan der KPD, in den Betrieben Einheitskomitees zu bilden, bestand bereits, bevor die Frage des Volksentscheids aufgelaucht ist. Die Herbeiführung des Volksentscheids aber ist Sache der beteiligten Parteien und nicht Sache der Betriebe. Die „Einheitskomitees“, um deren Bildung sich die KPD in den Betrieben eifrig bemüht, haben mit dem Volksentscheid nichts zu tun. Der Volksentscheid aber wird von den KPD-Funktionären in den Betrieben als Lockmittel benutzt, um unsere Genossen in diese „Einheitskomitees“ hineinzuziehen. Nicht ganz ohne Erfolg. Die Presse der KPD, prahlt damit, daß es in kleinen Orten und kleineren Großstadtbetrieben der Agitation ihrer Anhänger gelungen sei, SPD- Arbeiter, Gewerkschaftsstellen und Ortsausschüsse des ADGB für ihre Einheitskomitees zu gewinnen. Unsere Genossen, die sich daran beteiligen, mögen es ganz gut meinen, doch muß ihnen gesagt werden, daß sie dabei auf dem besten Wege sind, eine große Dummheit zu begehen, mit der sie sich selbst bei den Drahtziehern der KPD nur lächerlich machen.

Sie verstoßen außerdem auch gegen alle Begriffe von Disziplin der Gewerkschaften und der Partei. Unsere Genossen müssen hinter ihrer Gewerkschaft und hinter ihrer Partei stehen und können nicht den Parolen der KPD nachlaufen. Das ist so selbstverständlich, wie nur irgendetwas sein kann. Ein KPD-Mann, der mit der SPD sympathisiert und für unsere Beschlüsse eintritt, anstatt für die seiner eigenen Partei, wäre als Mitglied der KPD unmöglich. Das Gleiche gilt auch umgekehrt. Deshalb müssen sich unsere Genossen von dem Einheitskomitee, den die Kommunisten in den Betrieben heroorzurufen suchen, freihalten. Wir haben unsere Einheitskomitees in unserer Gewerkschaft und unserer Partei und müssen die Kommunisten ihre ohnehin erfolgende Selbstauflösung ohne unsere Hilfe vor sich gehen lassen.

Die Arbeiter dürfen feiern!

Bochum, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Leitung des Fördervereins (Phönix A.-G.) teilt mit, daß seit Mittwoch das Thomas-Werk, das Blockwalzwerk, das Martins-Werk und das Feinblechwalzwerk feiern. Eine Wiederbetriebnahme ist vorläufig nicht zu erwarten, so daß 2000 Arbeiter zur Entlassung gekommen sind. — Auch sonst hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Förderbezirk verschlechtert. Während in der vorigen Woche ein Rückgang der Unterstützungsempfänger um etwa rund 1000 zu verzeichnen war, wurde in dieser Woche ein Zugang von 727 festgestellt. Die neuen Erwerbslosen stammen zum größten Teil aus der Kleinfabrikindustrie.

In der Kaltenträger-Tabakindustrie haben sich 90 Prozent aller Arbeiter erwerbslos oder Kurzarbeiter.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Kruse; Wirtschaft: Walter Cederhaus; Gemeindefortschritt: Friedrich; Kultur: Pauline; Dr. John Schlemmer; Voltaire und Sozialist: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermanns-Platz 6, M. B. H. Berlin. Druck: Vertriebs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Bierzug 3 Bellagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr
Zum 20 Male
Der Kaufmann
von Venetia
Morgen
8 Uhr: JUDITH
8 Uhr: Der betriebe
Don Antonio

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Butterfly
Opernhaus
am Köpenickplatz
7 1/2 Uhr: Così fan tutte
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Im weißen Rößl
Schiller-Theater
8 Uhr: Wallenste Lager
Die Piccolomini

Städtische Oper
Charlottenburg
8 1/2 Uhr:
**Tristan
u. Isolde**

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
**Jaurez und
Maximilian**

Kammerspiele
8 Uhr:
**Die letzte
Gellebie**

Die Komödie
Kurfürstendamm 206/7
8 Uhr
Gesellschaft
11.15 Uhr
Nachtvorstellung
„Der blaue Vogel“

Lessing-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Ganzspiel (Sulten-
burgs Bühnen
Kronprinzessin
Laise

Kleines Th.
8 Uhr:
Dybuk
(Der Dämon)
von An-Ski
Regie: Viertel

Trianon-Theater
Tel. Zentr. 2391
8 Uhr:
Das Herbstlied
von Paula Busch
Jede Sonnabend 11 U.
Nachtvorstellung

**Deutsches
Kunst-Theater**
Heute 7 Uhr:
Premiere
Paganini
Operette v. Lehár

Th. v. Karlshorst
Tägl. 8 1/2 Uhr:
**Die Nacht
der Nädte**

Th. v. Schiffbauerdamm
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Der fröhliche Weinberg
Lustspielhaus
Ab heute bis inkl.
4. Febr. 8 Uhr:
Der kleine Kuppler
Wallner-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Kolportage

**Großes
Schauspielhaus**
37. Th.
CHAREL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Durchgängerin
Erika v. Tellmann
Kurt Vespermann
Sg. 3 1/2 U. Kl. Pr.
D. Durchgängerin

Thalia-Th.
8 Uhr:
Lene, Lotte, Ulese
Johanna Töbe
Wessely, Dora,
Sabö, Basselt

Annemarie
Sg. 3 1/2 U. Kl. Pr.
Annemarie
Ab Montag 8 Uhr
Neu einstudiert:
Liedchen von Senz

Rose-Theater
4. Händel u. Grell
8 1/2 Uhr: **ANGUST
der Stärke**

**Circus
Busch**
Tägl. 7 1/2 Uhr mit 2 x
Bretbari
B. Unger, Gray-Prey, s.
Die Gorillabrau
Sg. 3 U. halbe Preie
1. Schl. Der Graf
v. Monte Christo

Berlin r Theater
A. Messallinette
Central-Theater
8 Uhr:
Der Fremde

Neues Th. am Zoo
Alteburg 6 Uhr:
Guldo

Thielscher
in
Stöpsel
Kleinpreis: Juchelt-12
Park-Fest-14 M. Oberst.
Festspiel 5 U. 1. Teil 4 M.
Vorverkauf anstehend

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr
Kon!
Der große Erlotz
Helene
Liebesabenteuer
mit den besten Franzosen

Walhalla-
Theater
Weinbergweg
8 1/2, Täglich 8 1/2
**Das Mädchen
ohne Ehr**
Parkett nur 30 Pf.
Sonnt. nachm. 4
Rothsperchen

Theater L. d. Ullrichstraße
Tägl. 8 1/2 Uhr
Lemke's 8 1/4
Mittwochsfestabend in Comedy
und Tanz in 5 Bildern
von E. Bremer und E. Berglund
Musik v. Dr. R. Hirsch
(Klassen der „Jubilate“)
Täglich 8 1/2 Uhr
In Vorverkauf Theaterkasse
Jede Woche 20 Pf. 2. Teil

Herrnfeld
im Indim. Th. 8 U.
Familie Schmock
Millea-Nom. 1.2 Akt.
dazu 4 über 1000 x
aufgeführte Orgin-
Klabris-Partie
Kleine Friedenspr.

Th. a. Hollendorfpl.
8 Uhr:
**Die offizielle
Frau**
Operette in 3 Akten
Preis 1 M. bis 10 M.

**Theater im
Admiralspalast**
Täglich 8 1/2 Uhr:
**Volkstümliche
Wode**
der
Waller-Revue
verlängert
nur bis Sonntag
31. cr. inkl.
Preis v. 1-8 M.
2 Sonntags-
2 Vorstellungen 2
3 Uhr u. 8 1/2 U.:
die ganze Vor-
stellung z. hal-
ben Preisen

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
No no Kanelle
Sonntag, 31. cr.
mittags 12 Uhr:
Niddy Impekoven
Neue u. alte Tänze

Straueripenden
Abend 8 1/2
Herrnpremier
Paul Gollet
normaler 10er Oper
Marionetten, 3
Zur Reuepl. 1000

Neue Welt
A. Schoiz n. Massnhelde 108-114
Sonnabend, den 30. Januar, sowie täglich:
Bockbierfest
in den bayer. Alpen
8 Kapellen, Neue Dekorationen, 80 bayer. Wadl
Anstöß 6. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
und
Großer Alpen-Ball
Einlaß 6 Uhr Ende 7 Anfang 7 Uhr
Voranzeige! Dienstag, den 2. Februar
Prämierung der originalsten weißen
Damen-Phantasie-Frisur und Brauen
von sechs ganzen Schweinen auf dem
Riesen-Lucullus-Bratapparat

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82
Täglich
Gesellschaftsabend-Tanz
außer Montag.

WINTERGARTEN
40 internationale Künstler
zeigen im
Januar-Spielplan
Hochleistungen der Varietékunst
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise
Rauchen gestattet 100

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 6 Sonntag
8 Uhr
**Sie lachen 3 Uhr
Tränen!**
Nachm. 8 1/2 Uhr. Preise volle Ab.-Pr.

**Der gute Kapitän-
Kaulabak**
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, KgSt. 3661

Sport Palast
Täglich:
Voller Eislaufbetrieb
von 10 Ulla Maryana ab
Eisballet
Sonntag, 31. Januar, 6 1/2 nachm.
3. Internationales
Eishockey-Wettpiel
Sparta-Prag gegen Berliner
Schlittschuh-Club.
Eintrittspreise M. 1.— bis 5.—

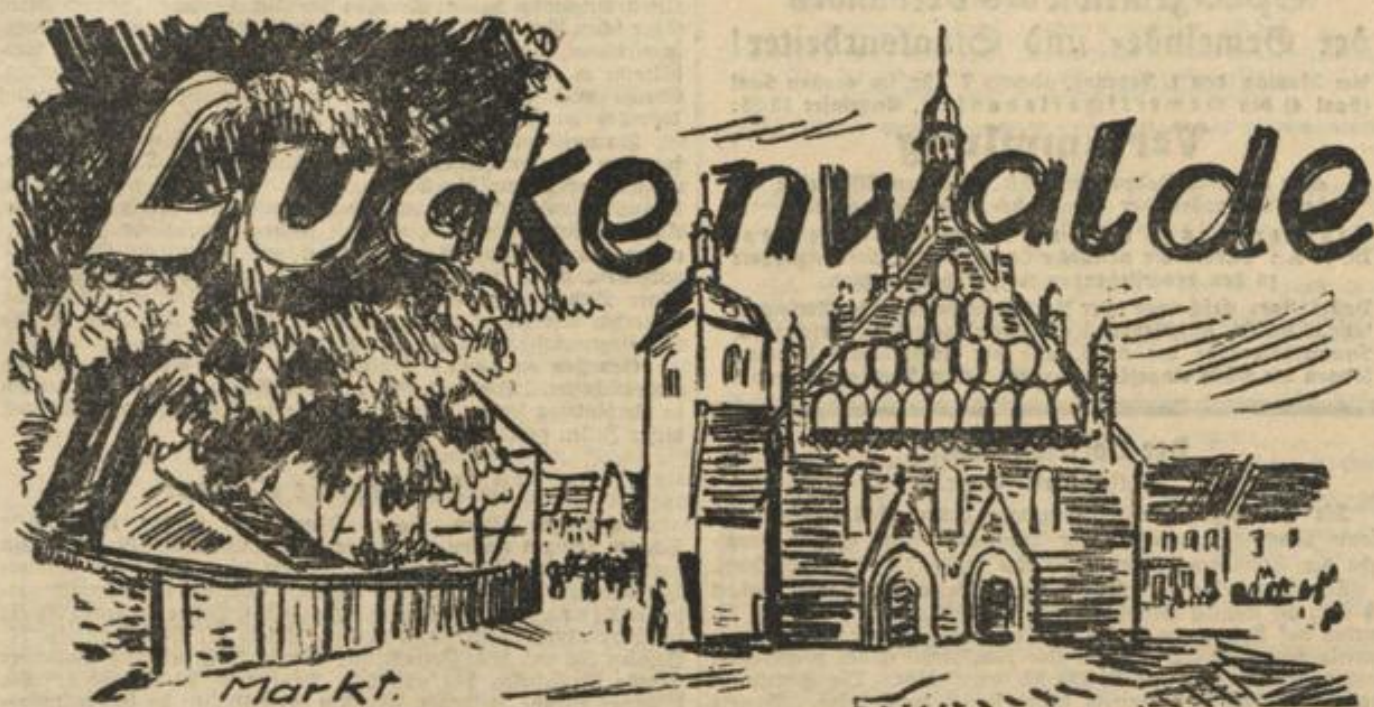
Reichshallen-Theater
Abend 8 1/2 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sängor
(Herrn, Bräutigam, Stuhl, Komödie, Gela-
schter, Ballet, Fada, Oper, Ballet, Pa-
nache, Wode und 1000 Scherzchen)
Nachm. 10 1/2 Uhr. Preise volle Abende

Dönhoff-Bräu
Sonnabend, 4. 3/1 Benilit Carl Braun

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schult's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den
Apotheken und Drogerien.
Hauptdepot:
Südwest: Askanische Apotheke
Nordost: Reichs-Apotheke
Schöneberg: Bayer-Platz-Apoth.
Charlottenburg: Minerva-Apoth.
Nordwest: Diana Apotheke
Nowaweg: Linden-Apotheke
Spandau: Ueberall

Dortselbst ist auch das bestens empfohlene
Cordol
Mittel gegen Arterienverkalkung
zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel.
Weitere Verkaufsstellen weisen nach C. Schmittner & Co., Berlin-
Wilmersdorf, Babersberger Straße 2. — Platz 471 und 3-96

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



In gleicher Weise wie die an der Berlin-Dresdener Bahn gelegene Gerbertstadt Kirchhain eine Schöpfung des Klosters Dobrilugk ist, muß Luckenwalde früheste Entwicklung als mit dem Kloster Zinna verbunden angesehen werden. Die Gründung dieses Klosters fand 1171 statt; um 1200 wird die deutsche Ritterburg Luckenwalde (Luch im Walde) entstanden sein, die bereits 1285 Eigentum des Klosters wurde. Dem entstehenden Ort verhalf seine Lage an dem Verkehrswege Sachsen-Preußen rasch zur Bedeutung, aber erst das 19. Jahrhundert, das Maschinenzeitalter, gab der gewerblichen Entwicklung den raschen Aufstieg, der um so bemerkenswerter ist, als er sich doch eigentlich im Bannkreis von Berlin (50 Kilometer Entfernung!) abgepielt hat.

Der Stadtcharakter.

Wo Fabrikstadt: Luche, Hüte, Pianos, Schrauben usw. Luckenwalde ist nun zweifellos eine Fabrikstadt, aber sie wirkt nicht so, nicht annähernd so bedrückend wie manche Berliner Gegenden, wo Qualm und Ruß und Lärm die Luft erfüllen. Der industrielle Charakter wird durch die Natur gemildert und die Ruhe, die durch den baumbestandenen „Haag“ fließt, wirkt wie ein erfrischendes und reinigendes Bad. In wenigen Minuten ist man so auch in der frischen Luft, auf freiem Felde, in Anlagen, Wäldern, auf Höhen — der nahe Fläming spielt eine Rolle, Kloster Zinna, Uterbog, Treuenbrietzen bieten architektonische Reize, und der auf Sensation ausgehende Luckenwalder fährt — sogar mit D-Zug — nach Berlin; kurz, es ist „alles da“, was das Leben angenehm zu machen geeignet ist. Mit ihren 25 000 Einwohnern wird die Stadt unter den, dem sogenannten Berliner Einfluß unterliegenden märkischen Orten nur noch von Brandenburg übertroffen, das durch die schiffbare Havel begünstigt ist und als alter Bischofssitz alle Vorbedingungen zur fruchtbarsten Entwicklung besaß. Was Luckenwalde auszeichnet, ist dagegen fast ausschließlich aus eigener Kraft geschaffen; wir werden sehen, wie die Reizzeit dieses Vermächtnis betreut und ausbaut.

Geschichte der Stadt.

Benennung Luckenwalde 1430 Stadtlarische Rechte erhielt. Im 15ten doch die Übergewalt den Leuten, und selbst als Zinna 1547 säkularisiert und in ein magdeburgisches Rentamt (1680 in ein preussisches) umgewandelt wurde, dauerte die Abhängigkeit in Rechtsachen bis ins 19. Jahrhundert fort: erst die Städteordnung von 1808 gab Luckenwalde volles Stadtrecht. Ende des 17. Jahrhunderts waren die ersten Tuch- und Zeugmacher eingetroffen; das neue Ge-

werbe blühte aber erst auf, als Friedrich II. das Kolonisationswert im großen Reich; er gründete 1750 die Jüterboger, 1780 die Cottager Vorstadt und auf dem „Haag“ wurde die Wollzeugfabrik nach Geraer Art“ gebaut, die — vom Volksmunde die „Große Fabrik“ genannt — noch heute besteht, durch Neubauten zweckmäßig vergrößert. Kriege und Feuersbrünste hatten bisher schon manches Ungemach über die Stadt gebracht; die napoleonischen Kriege führten weitere Verluste und Leiden herbei: 1813 kam es am 20. August zu einem Gefecht vor dem Trebbiner Tor. Die Friedenszeit heilte rasch die Wunden: 1828 stellt die „Große Fabrik“ die erste Dampfmaschine auf — 1846 hat die Stadt 7000 Einwohner und arbeitet schon mit 11 Dampfmaschinen. 1901: 21 000 Einwohner und an Großbetrieben 19 Tuch- und 12 Hutfabriken — 1921 gibt es 25 Gewerkschaften mit



9433 Mitgliedern — von 1919 bis 1922 sind 340 Siedlungshäuser erstellt.

Gang durch die Stadt.

Der Bahnhof liegt fünfzehn Minuten von dem am rechten Ufer der Ruche befindlichen Markt auswärts, aber das ganze dazwischen liegende Gelände ist bebaut, teils mit den kleinen Weberhäusern aus Friedrichianischer Zeit, teils mit Fabriken, aber auch Villen und Wohnhäusern. Geht man rechts durch die Friedrichstraße zum Stadtturm, so gelangt man vor der Ruchebrücke links abbiegend in die Uferstraße „Haag“, von der aus man an zwei Stellen, die Ruche überschreitend, zum Markt gelangt. Diese Uferpromenade läßt wirklich den Gedanken, in einer „Fabrikstadt“ zu sein, nicht aufkommen. Auch der andere Weg: über die Ruche hinweg durch die — wirklich breite — Breite Straße zum Markt erhöht die Wirkung der behäbigen Provinzstadt: stotter Verkehr, schöne Schaufenster, malerische Ausblende und als Mittelpunkt des Ganzen dieser Kolof von Turm, der wohl mit seinen starken Feldsteinmauern noch von der alten Burg stammt. Diese, die man, wie Lehrer Hahn in seinem verdienstvollen Führer durch das Heimatmuseum hervorhebt, an der „Burg“ benannten Fortsetzung des langgestreckten Marktes vermutet, ist völlig verschwunden. Neben dem Turm steht die interessante gotische Johanniskirche, die 1450 von dem Zinnaer Mönchen errichtet wurde. Eine gründliche Erneuerung (1901) hat nicht nur die äußere Gestalt, die durch den spizen Fialengiebel an der Westfront besonderen Reiz ausübt, wieder hergestellt, sondern auch im Innern malerischen Schmuck aus dem 15. Jahrhundert aufleben lassen. — Das am Markt befindliche Rathaus ist ein einfacher Ruchschleifbau. — Von der Ruchebrücke flussaufwärts wandernd, gelangt man zum Park Eisthal, in dessen Nähe die zweckmäßig umgebaute Badeanstalt sich befindet. Auch einen durch die Ruchstraße erreichbaren Stadtpark besitzt Luckenwalde.

Im Zeichen des Sozialismus.

Bei der Kreiswahl 1925 wurden in der Stadt gezählt 7989 sozialistische Stimmen, 1203 kommunistische, 886 demokratische; rechtsstehende im ganzen 5206. In der Stadtverordnetenversammlung wie im Magistrat hat die Partei die Mehrheit (16 SPD, 2 Kommunisten, 12 Bürgerliche). Das Parteiblatt „Volkswacht“ erscheint täglich seit 1. Juli 1919. Die Erfolge sind aus dem Fehlen von Abzweigungen zu erklären; man hat in Eintracht auf der alten politischen Grundlage weitergebaut. Das Arbeitersekretariat wurde von Alex Seiler bis zu dessen Tode geleitet; zurzeit leitet Stadtrat Genosse Jahn durch seine Tätigkeit im Wohlfahrtsamt wohlthätigen Einfluß aus. Es fehlt nicht an Jugendfürsorge; im Walde hinter Eisthal befindet sich eine Wälderholungsstätte, für deren Dienst sich auch die Frauen der Arbeiterwohlfahrt bereitstellen. Ein Säuglingsheim, eine Kleinkinderbewahranstalt, die ausgebauten Badeanstalt, der städtische Spielplatz, der städtische Waldfriedhof mit Urnenhalle in der Höhe, als notwendige Ergänzung zu dem kirchlichen Baruther und dem privaten Jüterboger Friedhof, die Volkshochschule, die Vorstellungen des Wandertheaters, das musterghütige neue städtische Krankenhaus, die Uebernahme des Heinrich-Hospital durch die Stadt, das städtische Elektrizitätswerk, vor allem die drei großen städtischen Siedlungen an der Treuenbrietzen- und Jändendorfer Straße und die Götower Siedlung, dies alles ist Beweis dafür, daß eine sozialistische Mehrheit alte Kulturgrüter bewahren und verbessern und neue schaffen kann — zum Besten der ganzen Bevölkerung. Auch das Schulwesen ist gut bedacht: ein Gymnasium (Friedrichschule), ein Lyzeum (höhere Mädchenschule), vier Volkshäuser, von denen zwei, die Ford- und die Körner-Schule, allerdings Anspruch auf neue Gebäude erheben können. Eine Handelsschule fehlt auch nicht. Glänzend ist der Konsumverein gestellt, der im ganzen 9 Verkaufsstellen, zum größeren Teil in eigenen Häusern, besitzt, eine Bäckerei sein eigen nennt, in Uterbog, Sperenberg, Zollen Wäldern hat und am Markt durch sein Gesellschaftslokal große Zugkraft ausübt. Wie ist in dieser Reizzeit die geschäftliche Lage einer solchen Fabrikstadt? Die Hutindustrie arbeitet verflücht, desgleichen das Metall- (Kleinfabrik-) Gewerbe, die wichtige Textilbranche kann als in vollem Betrieb befindlich angesehen werden, wogegen die Holzindustrie (Pianos, Möbel) ziemlich brach liegt. Lohnfragen spielen naturgemäß in solchen Zeiten ihre Rolle.

Von der grünen (Wald-) Umgebung der Stadt war schon die Rede. Der Tourist wird es daher nicht bereuen, wenn er Luckenwalde als Endpunkt oder Ziel einer Wanderung auf dem Fläming nimmt, die ihren „Höhepunkt“ in dem „hohen Gohm“ erblickt. Die Verbindungen nach rechts und links sind — eine Seltenheit in der Mark — recht gut, so daß auch der Radfahrer auf seine Kosten kommt.

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Es war Nacht, als Eva in einer ganz anderen Gegend landete. Sie war quer durch halb Berlin gefahren, war in die erste beste Elektrische gesprungen: nur fort aus diesem abförmlichen Viertel! Nun hielt die Bahn an einem schön angelegten sauberen Platz. Sie sah im Laternenlicht Bäume, deren Wipfel durch das weiße elektrische Licht wie in Mondschein getaucht schienen und unten in ruhigen Schatten verschwammen. Hier war es ganz sicher, ganz friedlich, hier stieg sie aus. Nichts ängstigte sie. Sie war nun wieder ganz Herrin ihrer Gedanken, sich völlig klar, daß sie morgen von ihren Sachen verfahren mußte. Jetzt war es zu spät dazu, und auch um eine Schlafstelle zu suchen allzu spät.

Es war eine wunderbare Lunde, herrliche Frühlingsnacht, und es war gar nicht häßlich, hier auf der Bank zu sitzen, aber die Haltestelle der Elektrischen war ihr noch zu nah, weißes Kugellicht blendete sie, es konnten auch Menschen kommen; so entfernte sie sich noch weiter von dem Platz, ging eine Straße hinunter und war dann ganz im Dunkeln. O, das tat wohl!

Es war ihr heimisch hier zwischen den Büschen. Es roch nach Flieder. Sie tappte nach einer Bank. Auf der mochte noch nicht lange vorher ein Liebespaar gefessen haben, denn sie stand ganz im Versteck; jetzt machte sie es sich bequem darauf. Sie knöpfte ihre Jacke fester zu, band ihr Taschentuch um die Ohren, legte ihren Karton als Kopfkissen auf die Bank und streckte sich lang aus. Ihr Handtöcherchen hatte sie tief unter den Sitz geschoben, es durfte ihr ja nichts mehr abhanden kommen; solange sie noch lebte, mußte das reichen. Es war ihr wundervoll, so zu liegen, sie war so erschöpft, daß sie keinen anderen Gedanken hatte — nichts von Bekommen-sein, nichts von Sichfürchten — nur ausruhen. Schon halb im Traum hörte sie einen Vogel singen. Ah, diesmal war es die Amsel nicht, die schwarze vertrauliche mit dem goldenen Schnabel — ob es wohl eine Nachtigall war?

Ja, es war eine. Sie saß in den Büschen, die unten um einen kleinen Tümpel stehen, auf dessen dunkles Wasser Weiden ihre grünen langstehenden Haare niederhängen.

Sie sang Eva ein, so weich, so süß, so der Liebe voll, daß das Letzte, was die noch hörte, war: „Meine kleine — meine Eva!“

Als die Nachtigall schwieg, wurde es Tag. Eva erwachte. Sie war ganz steif, völlig durchfroren, der Morgen fühlte sie an mit eisigem Finger. Mühsam erhob sie sich von der Bank. Die war sehr hart gemessen; sie hatte das in ihrer Uebermüdung nicht gefühlt. Jetzt aber fühlte sie es. Mit kleinen Schritten, um sich zu erwärmen, wieder das Blut rinnen zu fühlen, ging sie hin und her. Wieviel Uhr mochte es sein? Wohl noch sehr früh, der Himmel war noch lichtgrau, kein Rollen von Bahnen war zu vernehmen, auch Stimmen von Menschen nicht. Aber in ihr erhoben sich Stimmen, die waren sehr stark, sehr eindringlich. Die eine rief: „Jetzt bist du auf der Straße, Eva, du hast kein Obdach, kein Geld!“

Die andere rief: „Was liegt daran, da machst du eben ein Ende!“

Die andere rief wieder: „Tu das nicht, gleich kommt die Sonne!“ Aber die andere rief: „Eva, Eva, tue es nur!“ Und die war viel stärker.

Eva sah jetzt den Weiber. Er lag da unten, Rasen stieg sanft zu ihm hinab, Weiden hingen ihre langen Haare darüber. Eva sah Blumen an seinem Rand, sorgfältig gepflegte, schöne Frühlingsblumen. Auf Gräber pflanzte man Blumen; sie hatte mit Venchen zusammen der Mutter Grab mit allerlei Blumen bespflanzt, nun würde sie hier um ihr Grab auch Blumen haben.

Langsam ging Eva zum Wasser hinab, sie ging dicht heran und starrte hinein; es war undurchdringlich. Schon einmal wäre sie beinahe ertrunken, da war aber Hans Blechhammer hinter ihr drein gesprungen und hatte sie wieder herausgeholt. Jetzt, hier würde sie niemand herausholen. Sie sah sich scheu um: kein Mensch in Sicht. Hier konnte sie's ungestört tun. Aber die eine Stimme in ihr rief: „Hier, in diesen kleinen Tümpel willst du dich stürzen? Der ist lange nicht tief genug, der ist keine Unendlichkeit, in der du versinken kannst!“

Eva rannte an dem dunklen Wasser auf und nieder: Soll ich's jetzt tun oder tu ich es nicht? Angst hatte sie nicht; sie hatte nur Angst, daß das Wasser vielleicht zu leicht sein würde. Sollte sie es doch versuchen? Da gab die Sonne ihr Antwort. Die stand plötzlich ganz groß da; sie war gekommen, Eva hatte es nicht gemerkt. Sie streckte ihre

Finger aus, und nun sah Eva: da war gleich Grund. Frösche ruderten, Wasserpfannen kreisten, eine dicke Kröte froch langsam und vergrub sich im Schlamm.

O, es war nur eine Pfütze! Eva schauderte zurück. Sie hob ihre Augen zur Sonne, und es war ihr, als sähe sie in ein schönes, lange nicht mehr erblühtes, geliebtes Antlitz, das ihr lächelnd verhieß: „Wenn es einmal gar nicht mehr geht, ich werde schon sorgen!“ Ihr wurde wärmer. Und sie kniete nieder bei den Blumen, hob eine von den langgestengelten dicht an ihr Gesicht und sah ihr tief in das lachende Herz.

Frau Wisheim, wie sie sich nannte, wohnte im neuen Westen, dem einstmaligen Dorf Schöneberg, das längst keine Ahnung mehr hat von seinen Kornfeldern, seinen Wiesen, seinen Bauernhäusern und seinen Ruhfställen. Im Stadtpark war Frau Wisheim morgens früh spazieren gegangen. Sie brauchte eine Brunnentur, denn Herr Wisheim war es unangenehm, wenn sie dick wurde. Er liebte nur das Raffige, Schlanke. Auf einer Bank hatte sie ein Mädchen sitzen gefunden, das sah sehr blaß und sehr trübselig aus. Sie hatte sich auch auf die Bank gesetzt; da sie gerne sprach, meist aber niemandem zum Sprechen hatte, fing sie eine Unterhaltung an: „Ein schöner Morgen!“

Eva antwortete erst gar nicht, dann einflüßig, fast unwillig: was kam die, setzte sich auf ihre Bank und störte sie auf? Aber etwas war an diesem blonden Gesicht, und so wie die das Haar trug, in der ganzen Art der Erscheinung, was sie ein bißchen an ihre Mutter erinnerte. Nicht wie die ausgesehen hatte, als sie mit Hans Blechhammer verheiratet war, aber vorher. Eva ließ sich nun doch in ein Gespräch ein.

Und dann kam es so, daß Frau Wisheim erfuhr, in welcher Lage Eva jetzt war: keine Stellung, keinen Anhalt, um ihr Geld bestohlen! Frau Wisheim dachte eine Weile nach, ihr Blick glitt über das Mädchen: das sah ja etwas reduziert aus, aber war das ein Wunder, nach solcher Nacht im Freien, und nach dem Schrecken über das gestohlene Portemonnaie? Wenn die sich wieder herrichtete, ausschließ, war die gar nicht so übel. Jedenfalls keine ganz gewöhnliche Person.

„Ich könnte Sie ja vielleicht mieten,“ sagte sie ägernd. „Aber mein Buch ist nicht gut,“ sagte Eva. Ach, sie hatte gar keine Lust, noch einmal anzufangen.

(Fortsetzung folgt.)

Kasperletheater.

Schnee liegt auf der Straße, sauber und locker, am Rande des Bürgersteigs bereits in Berge gehäuft; aber der Himmel hat die Flächen schon wieder mit einem dicken, weißen Teppich überzogen. Ist es nicht unnatürlich, wenn angesichts dieser köstlichen Fülle eine sonnigliche mahlige Kinderchar uninteressiert bleibt, wenn nicht ein einziger Schneeball die Luft durchschneidet, geschweige denn an eine richtige Schneeballschlacht oder der Bau eines Schneemannes gedacht wird? Nicht aneinander gedrängt stehen sie alle; sie warten. Und die Spannung, die sie erfüllt, ist so groß, daß sogar nur wenige sprechen. Nur blanke Augen sind lebendig und die Jungen höchstens der Allerleinsten, denen sich die Aufregung der Großen noch nicht mitgeteilt hat. Denn hier im Rathaus soll um 3 Uhr Kasperletheater gespielt werden, und nun hat man plötzlich längst vor 3 Uhr die Türen wieder geschlossen. In hundert Paar Kinderaugen steht Frage und Erstaunen davor. Ganz Gemüht laufen um das Rathaus herum, um einen anderen Einschlupf zu finden. Doch da heißt es, daß der Saal längst gefüllt und daher geschlossen sei.

Kinder glauben an das Wunder; sie harren weiter. Jemanden sind Füße kalt geworden. Ein Trappeln geht an, eine leichte Lärmbre macht auf; aber niemand denkt daran, umzukehren. Also öffnen sich die Türen wieder. In den Saal geht niemand mehr herein; doch die Kinder dürfen bleiben. In einer Stunde wird dann Kasperl auf für sie da sein. Dieser Aussicht gegenüber ist die Wartezeit unbedeutend. Hallen und Treppengänge, die sonst atemtragende Beamte mit ernstlichen Plänen durchziehen, belebt jetzt eine lustige, geduldig-ungeduldige Kinderchar. — Derweil sitzt und steht oben im Saal schon Kopf an Kopf eine Menge, die atemlos den Streichen des ewig jungen Kasperl folgt. Der hat eine so wundervoll lange Nase, wie keine andere Puppe, und den Polstern, der ganz erstarre Würde und Amtsbenüßtheit ist, kipelt er mit seiner roten Zippelmütze im Gesicht, daß der immerfort nielen muß: „Hatschi, hatschi“. Helig Fischenbach hat das lustige Kinderstück geschrieben und führt es mit jugendlichen Helfern auf, und die Kinderfreunde von Berlin Mitte hatten dazu eingeladen. Zwei andere Sachen werden noch gespielt, „Kasperl als Professor“ und „Der Zauberergarten“, beide von Graf Vocci. Und die Kinder spigen die Ohren, um sich kein Wort entgehen zu lassen, und Kasperl braucht nur die allerleinsten Frage an sie zu stellen, so spielen sie mit und zeigen, daß sie mit Leib und Seele dabei sind.

Aber einmal ist's zu Ende und der Saal leert sich, langsam, sehr langsam. Denn die Kleinen können sich nur schwer trennen und stehen an den Stühlen fest, als seien sie mit ihnen erwachsen. Und die letzten sind noch nicht heraus, so ist der Raum auch schon wieder gefüllt. Weit über tausend Kinder waren der Einladung gefolgt, für einen Großteil Kasperls lustige Streiche anzuschauen, und so gut hat's allen gefallen, daß das nächste Mal wohl noch viel, viel mehr kommen werden.

Zwei Kriminalkommissare unter Bestechungsanklage. 1000 Mark Geldstrafe für jeden.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen gegen die Kriminalkommissare Hans Schüler und Dr. Walter wurde als erster Zeuge der Kaufmann Siegfried Sachs aus der Haft vorgeführt. In der Inflationszeit hatte er eine große Zahl von Geschäften gegründet, deren „Generaldirektor“ er war. Der „Kleine Generaldirektor Sachs“ spielte im gesellschaftlichen Leben Berlins eine Zeitlang eine große Rolle. Mit der Stabilisierung brach die Herrlichkeit zusammen. Er ist mit den Ermittlungen der Kriminalkommissare in seiner Angelegenheit mit Michael sehr zufrieden gewesen, wollte ihnen dafür eine Weihnachtsgabe bereiten, hatte sie auch mit auf seine Wohlthatigkeitliste gesetzt. Auf die Frage von Rechtsanwält Wisberg, ob die Zuwendungen gemacht seien für geleistete amtliche Dienste oder für außeramtliche Beratung, erwiderte Sachs, daß er das letztere gedacht habe. Auf eine Frage von Rechtsanwält Dr. Diamant bezeichnete er den Hauptbelastungszeugen Sonnenfeld als einen Mann, der gewerbsmäßig das Denunziantentum betreibt.

Die Privatsekretärin von Sachs befandete, daß auf der Liste in der Wohlthatigkeitstabelle etwa 20 Namen standen, die Lebensmittel erhalten sollten und auch Geld, darunter auch die beiden Kriminalkommissare. Ob die Sachen abgeschickt worden sind, kann sie nicht sagen. Der nächste Zeuge ist der aus einem Strafprozess in der Skary-Affäre bekannte Kaufmann Hermann Sonnenfeld. Als Vertreter des Personals habe er die Kassenbücher in die Hand bekommen und habe dort eine Befolgung von Götsch mit 200 Mark und von Schüler mit 3500 Mark erbeutet. Die Beweisaufnahme wandte sich dann dem Bestechungsfall Kutischer zu. Bei der Deutschen Kreditbank (Scharlach-Bank) befindet sich ein Posten von 4000 Mark unter Inkontokonto und es sind mit dem Vermerk „wegen der Stein-Bank“ je 2000 Mark auf Konten der beiden Angeklagten überwiesen und eingeholt worden. Graf Schulenburg verweist darauf, daß diese Einzahlung unmittelbar nach der Beilegung des Geschäfts mit Michael, das auf dem Polizeibureau angebahnt worden war, erfolgt sei, und daß es den Anschein habe, als ob damit eine Danteschuld abgetragen werden sollte. Der Chef der Buchhaltung, Seligsohn, kann keine Auskunft geben, wie die Zahlung zustande gekommen ist. Nach Beendigung der Beweisaufnahme führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lehmann zur Begründung der Anklage aus: Die Verhandlung habe ein trübes Bild über die Tätigkeit der Angeklagten in der Inflationszeit gezeichnet. Bedauerlich sei es, daß solchen Beuten das Schicksal von Beschuldigten anvertraut worden sei. Fest steht, daß ihnen die gebuchten Gelder zugelassen seien. Ebenso liegt es mit den Geldern von Kutischer. Zugunsten der Angeklagten wolle er alle Widerungsgründe in Betracht ziehen und beantrage daher gegen jeden der Angeklagten 1 Monat Gefängnis und Einziehung der Bestechungsgelder von insgesamt 7000 Mark. Das vom Amtsgerichtsrat Graf von Schulenburg verkündete Urteil lautet: Die Kriminalkommissare Götsch und Schüler werden wegen Bestechens gegen § 331 in je zwei Fällen zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Je 3000 Mark Bestechungsgelder werden dem Staat für verfallen erklärt. In der Urteilsbegründung führte Graf von Schulenburg aus, daß er unter allen Umständen die Worte des Staatsanwalts unterstreichen müsse, daß sich ein trübes Bild der Zeit ergeben habe. Es müssen aber auch die traurigen Zeitumstände zugunsten der Angeklagten berücksichtigt werden. Sie waren jung und unerfahren auf einen sehr wichtigen Posten gestellt worden und waren ihm nicht gewachsen. Noch heute machten sie einen jungen Eindruck. Gegen das Urteil haben die Rechtsanwält Dr. Wisberg und Dr. Diamant sofort Berufung bei der Kleinen Strafkammer des Landgerichts I eingelegt.

Hilfe für die Opfer der Explosionskatastrophe.

Die Hilfsaktion für die Opfer der Explosionskatastrophe in der Kirchstraße ist von den Bezirksförperschaften des Verwaltungsbezirks Tiergarten mit Nachdruck aufgenommen worden. Ueber den Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht hinaus ist 93 Bewohnern bzw. 30 Haushaltungen Hilfe zuteil geworden. Die an das Bezirksamt gelangten Gesuche um Röhre, Betten, Bettstellen und Bekleidung sind berücksichtigt worden. Auch wurden göttliche Beihilfen für die erste Ausstattung gegeben. Das Bezirksamt hat ferner für Unterstützung aller obdachlos gewordenen Personen gesorgt und den Familien Wohnungen, sowie den einzelstehenden Personen anderweitige Unterkommen überwiesen. Zwölf Familien wurde der Umgang durch das Bezirksamt besorgt. Aus vorhandenen Beständen des Bezirksamts wurden hierbei noch Wohnungseinrichtungen teilweise zum Eigentum, zum Teil teilweise übergeben. Die Bezirksförperschaften hatten zunächst aus eigenen Verfügungsmitteln 5000 Mark verwenden können, die aber nicht ausreichend waren, so daß der Magistrat um Zuschuß ersucht wurde. Der Magistrat hat hierauf eine Vertikung der beim Bezirksamt vorhandenen Mittel bewilligt. Die Wohltätigkeit der Wübürger hat sich auch in diesem Falle wieder in erfreulicher Weise gezeigt. Trotz

der schweren Zeit sind dem Bezirksamtsfahrtsamt Barmitiel zugewiesen, besonders aber ist von zahlreichen Seiten mit Beiträgen und Betten geholfen worden. Eine große Automobilfirma stellte für die Abholung der gependeten Hausratsfähige Automobile zur Verfügung, welche mehrere Tage zu tun hatten. Die Beerdigung der Opfer des Unfalls wird auch vom Bezirksamt mitbesorgt werden. Die ursprüngliche Absicht einer gemeinsamen Beerdigung wurde wieder aufgegeben, da die Beidtragenden meist nach eigenem Wunsch die Bestattung vorzunehmen wünschten.

SPD.-Fraktion des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Am Montag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saal (Saal 4) des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25: Verammlung

aller auf dem Boden der SPD stehenden Mitglieder
des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Crispian,
M. d. R.: „Ueber die politische Lage“. — 2. Stellungnahme
zu den bevorstehenden Körperwahlwahlen.
Vollständiges Erscheinen aller Parteifreunde in dieser Versamm-
lung ist Pflicht. Mitgliedsbuch und Parteiausweis mit vorzubringen.
Sympathisierende der SPD, und der Umkleideraum Richtung
Sachsenau als Gäste eingeführt werden. Der Fraktionsvorstand.

Der Bartels-Prozess. Kutischer als Zeuge.

Die zwei letzten Verhandlungstage haben nicht wenig interessante Momente gebracht. Der Donnerstag war in der Hauptsache der Erörterung über Bartels Bankkonten gewidmet. Die Angeklegte der Gottler-Bank, Bertha Goldhaber, äußert sich über die Konten Bartels-Köpfe und Holzmann. Die 10 000 M. wurden auf Holzmanns Konto nach vorhergehender Ankündigung Bartels eingezahlt. Das Debet (die Schuldenseite) des persönlichen Kontos Bartels war auf 21 000 M. angefallen. Die Zeugin ist aber der Ansicht, daß Bartels soweit Kredit wohl besaß. Bartels selbst erklärt, daß er Herrn Gottler durch Staatssekretär Dr. Weismann kennengelernt und ihm oft wertvolle Informationen gegeben habe. Die Mahnung, das Konto zu decken, habe er nicht so ernst genommen, um so mehr, als nicht zum Verkauf seines Effektenbestandes geschritten worden sei. Der Zeuge Bers behauptet, daß Bartels durchaus nicht anders behandelt worden sei, als sonst die Kunden. Als zweiter Vorsitzender des russischen Flüchtlingsvereins kam er auch bezeugen, daß in russischen Kreisen nichts über die Bestechlichkeit Bartels bekannt gewesen sei und daß Bartels stets bemüht gewesen sei, das Risiko ins Ausland zu mildern. — Am Freitag kam nun der so oft erwähnte Kutischer zu Worte, der von Holzmann betrogen und erprekt worden sein soll. Er ist der Ansicht, daß Bartels in diesem Maße ein Opfer Holzmanns sei, wie er selbst. Holzmann habe immer erklärt, er habe Bartels seit in der Hand, dieser tue, was er wolle. Auch ihm habe man mit Ausweisung durch Bartels gedroht. Er könne nicht sagen, ob Holzmann für Bartels Effektenkäufe gemacht habe. Jedenfalls habe er aber für Aktienkäufe, die Bartels gelten sollten, 25 000 M. verlangt. Ein anderes Mal habe er ihm erklärt, Bartels habe sich verpfändert und brauche noch 18 000 M. Aus den Aussagen der Russin Xenia Hamutoff und dem verlesenen Protokoll der Frau Bera Rars geht hervor, daß die beiden dem Bartels über Holzmanns Verschlebung in Ungarn erzählt haben. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Es soll Rinzer vernommen werden.

Ohreigen bei einer Fehere. ... und ihre verhängnisvollen Folgen.

Einen bösen Ausgang nahm vor ungefähr acht Tagen eine Kneiperie in einem Lokal in der Ackerstraße. Zunächst ging alles sehr gemächlich zu, bis ein Gast, der in der Abend als wenig verträglich schon bekannt war, plötzlich einen Streit vom Zaune brach und drohte, den Boden auf den Leisten zu ziehen, d. h. alles kurz und klein zu schlagen. Als er sich anschickte, die Drohung wahrzumachen, traf er mit einem Schläge die Frau eines anderen Gastes ins Gesicht. Diese beklagte sich bei ihrem Mann, einem nahen Hünen, der bereits eingeklinkt war und den Vorgang nicht gesehen hatte. Sofort sprang er auf und verfechtete dem Beleidiger seiner Frau eine Ohreige und einen Fußtritt, daß er auf die Straße flog. Kaum lag er da, so ergriffen mehrere Frauen Beien und Schrubber und schlugen blindlings auf ihn ein. Nach drei Stunden starb der Mann. Der Hüne, der Schlag und Fußtritt ausgeübt hatte, war ein gewisser B., ein sonst ruhiger Mensch, der aber nicht zu bändigen ist, wenn er getrunken hat und wenn ihm dann etwas in die Quere kommt. Er ist jetzt von der Polizei festgenommen worden. Wie die Feststellungen ergaben, hatten die Zeugen des Hünen, nachdem er eingeschlossen war, seine Lausche ausgezogen und ihm dafür schwere Kommissstiefel angezogen, ohne daß er es merkte. So war der Zutritt des Hünen noch schwerer geworden. B. wird sich nun wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten haben. Die Richter werden hoffentlich nicht das Vorausgehene außer acht lassen, nämlich, daß B., aus dem Schlaf geschreckt, vermutlich ohne Klores Bewußtsein und Ueberlegung auf den Beleidiger seiner Frau losgegangen ist.

Reichsbannerfundgebung in Potsdam. Kaisers Geburtstag wurde von den Potsdamer Volkstraßen zu einem besonders herausfordernden Nonaristokratentum benutzt. Das dortige Reichsbanner veranstaltet deshalb Sonntag, den 31. d. M., vormittags 11 Uhr, Gegenfundgebungen in Sanssouci, bei denen auch die Frage der Rüstentabundungen behandelt werden wird. Dr. Michael (Potsdam) und Oberst Schöningger werden sprechen. Der freie Rännerchor Potsdam wirkt mit.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 30. Januar.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
8.45 Uhr nachm.: Dr. Walter Nulbeck: „Eine Fahrt durch Großbritannien“. — „Schottland“. 8.50—9 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 8.45 Uhr abends: Medizinisch-byzantinische Pflanzerei (Sanitätsrat Dr. Paul Frank). 7.15—8.05 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.15 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). 7.45 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Photochemie. Geb. Reg. Rat Dr. A. Miesche: Ziele und Wege der Naturfarbphotographie. — „Die alten Verfahren der Farbenphotographie“. 8.30 bis 10 Uhr abends: Otto-Reuter-Abend. 1. Halmburg-Holmes: Gänsemarsch. Marsch (Berliner Funkkapelle). Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 2. Koupieta (Otto Reuter). 3. a) Conrad: Ouverture zu „Berlin wie es weint und lacht“, b) Kollo: Schlag auf Schlag. Potpourri (Berl. Funkkapelle). 4. Couplets (Otto Reuter). 5. A. Egors: Jawohl! Jawohl! Jawohl! a. d. Operette „No No Nanotte“ (Berliner Funkkapelle). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitschau, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst, 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Berliner Funkkapelle, Leitung: Kapellmeister Franz v. Sapanowski).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 30. Januar.
3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amal: Einheitskurzschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amal: Einheitskurzschrift. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: M. Aliseri und Frl. G. van Eysaren: Spanisch für Anfänger. 4.30—5 Uhr nachm.: Frl. Rechtsanwält Dr. Bohrend bzw. Frau Dr. A. Zehn-Harnack: Die Frau als Bürgerin.

Wege zur Völkerverständigung.

Englisch schreibende Genossinnen und Genossen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer, Studenten), die fähig und geneigt sind, mit englischen Gefinnungsfreunden Briefwechsel zu pflegen, werden gebeten, sich an den Ausschuss der „Freunde der internationalen Kleinarbeit“, z. B. des Genossen Dr. A. Paetz, Berlin NW. 21, Stromstraße 58, zu wenden. Berufs- und Altersangabe ist erwünscht, um evtl. Berufstollegen und gleichartige zusammenzuführen.

Die Arbeitsgemeinschaft unterhält bereits einen erfolgreichen Briefverkehr mit Gefinnungsfreunden in Großbritannien. In einigen Orten Englands haben Genossen der Independent Labour Party sogar schon Reisetassen eingerichtet, um in absehbarer Zeit ihre deutschen Genossen besuchen zu können. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, kann der Besuch deutscherseits erwideret werden. Ebenso wird danach gestrebt, während des Besuchs gegenseitig kostenlos im Hause einer Familie wohnen zu können.

Im weiteren Verlauf wird der gleiche Anschluß mit Gefinnungsfreunden anderer Länder gesucht werden, denn die Träger der Bewegung, nicht nur die Spitzen, sollen sich kennen und verstehen lernen. Nicht nur internationale Kongresse, die gewiß den harten Boden auflockern, sollen betriebigen, sondern, persönliche Zusammenarbeit mit englischen Genossen, selbst auf begrenztem Gebiet, soll mitwirken, tiefere und interne Kenntnis des fremden Landes und seiner Bewohner zu erlangen. Diesen gewiß feierlichen Pfad auch weiterhin erfolgreich zu beschreiten, ist eine der Aufgaben, die die Arbeitsgemeinschaft zu erfüllen gedenkt.

Genossen anderer Städte sollten daher gleichfalls Arbeitsgemeinschaften bilden und sich mit dem Berliner Ausschuss ebensolange in Verbindung setzen. Die Parteipresse im Reich wird um Abdruck dieser Zeilen gebeten!

Berlins weltliche Schulen.

Denjenigen Eltern, die zu Ostern ihre Kinder in weltliche Schulen bringen wollen, wird eine Zusammenstellung der in Berlin vorhandenen weltlichen Schulen erwünscht sein. In diesem Winterhalbjahr bestehen hier folgende weltliche Schulen: im Verwaltungsbezirk Tiergarten: Schulen 240 und 254, Waldenserstraße 20/21; im Verwaltungsbezirk Wedding: Schule 11, Schönlingstraße 17; im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg: Schulen 223, Putzburger Straße 208 und 283, Götterstraße 2; Schule 223, Putzburger Straße 3; Schulen 244 und 245, Panikstraße 20/22; Schule 202, Büttcherstraße 4; Schule 308, Am Leopoldplatz; im Verwaltungsbezirk Spandau: Schule 21 (Lebensgemeinschaftsschule), Röntgenstraße 25; Schule 22 (Lebensgemeinschaftsschule) Mittelstraße 20; im Verwaltungsbezirk Neukölln: Schulen 5 und 6, Mariendorfer Weg 69/70; Schulen 15 und 16, Lessingstraße 38/39; Schulen 31 (Lebensgemeinschaftsschule) und 32a (Lebensgemeinschaftsschule), Rühlstraße 41/42; Schule 32b (Lebensgemeinschaftsschule), Kaiser-Friedrich-Straße 4; Schulen 41 und 42, Rühlstraße 41/42; im Verwaltungsbezirk Treptow: Schule 3, Adlershof, Rabitzerstraße 10/11; Schule 5, Oberschöneweide, Rottmeierstraße 10; Schule 7 (Lebensgemeinschaftsschule), Oberschöneweide, Wottstraße 69/70; im Verwaltungsbezirk Lichtenberg: Schule 34 (Lebensgemeinschaftsschule), Schornweberstraße 19; Schule 35 (Lebensgemeinschaftsschule), Pflanzstraße 7/9; Schule 36a, Friedrichstraße 71, und Friedrichsfelde, Rummelsburger Straße 64; Schule 36b, Leopoldstraße 14/16; Schule 37 (Lebensgemeinschaftsschule), Marktstraße 12; Schule 38, Hallesche Straße 7/9; im Verwaltungsbezirk Weidenau: Schule 8, Wörthstraße 23 und Roedelstraße 169; im Verwaltungsbezirk Bantow: Schule 11 (Waldogogische Versuchsschule), Niederhönhäuser, Bismarckstraße 11; im Verwaltungsbezirk Reinickendorf: Schule 4a, Haußotterplatz 4; Schule 5a, Auguste-Viktoria-Allee 37; Schule 6a, Holländerstraße 25/30.

Diese Aufzählung zeigt eine sehr ungleiche Verteilung der weltlichen Schulen über das Stadtgebiet. Die Bezirke wie Wedding, Neukölln und Lichtenberg mit den größten Zahlen vertreten sind, ist ohne weiteres verständlich. Aber wundern muß man sich, daß andere Bezirke mit einer gleichfalls meist proletarischen Bevölkerung noch nicht eine einzige weltliche Schule haben. Im älteren Berlin gilt das besonders für Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg. Die Zusammenstellung zeigt, wieviel zu tun noch übrig bleibt. Mögen die Eltern nun wenigstens die schon bestehenden Schulen beachten und ihre Kinder ihnen zuführen.

30 Jahre Gefängnisgefallener.

Der frühere Pfarrer aus dem Untersuchungsgefängnis Raabitz, Distel, sprach auf Einladung der Comenius-Gesellschaft über seine Erfahrungen. Es war Erlebnis eines Menschen, der viele viele Tausende in Augenblicken größter Seelennot, als sie sich von allen, oft selbst von ihren Nächsten, verlassen wühlten, als sie erdrückt von der Last der staatlichen und der Selbstanlage, ermutigt und verzweifelt keinen Ausweg mehr zu sehen glaubten, der einzige Tröster war. Tröster, einerlei, ob der Hilfsbedürftige „hoch“ oder „niedrig“ stand, kirchlich oder freigeistig war. Der Pfarrer war immer nur Mensch. So sagt er z. B. von den politischen Gefangenen, von den Kommunisten: gerade sie wären für das Geistige besonders aufgeschlossen gewesen. Ihnen stellt er die von Frömmigkeit irrenden „Kinder der Kirche“ gegenüber, die ihm beherlich zu imponieren verstanden. „Ich bin von ihnen immer wieder belogen und betrogen worden.“ Erschütterndes gibt es in seinem Bildein: „30 Jahre Gefängnisserfahrungen“ nachzulesen. So erzählt er von einer Hinrichtung: Der zum Tode Verurteilte hat bis zum letzten Augenblick seine Unschuld behauptet. Auf Antrag Distels trat kurz vor der Urteilsverkündung der Gerichtshof noch einmal zusammen. Troydem fand die Hinrichtung statt. Hinterher stellte der Pfarrer fest, daß ein Unschuldiger sein Leben hat lassen müssen. Besonders liebevoll hatte er die Jugendlichen in sein Herz geschlossen. Wenn es mehr solcher Pfarrer in den Gefängnissen und Jugendhäusern gäbe, wäre die Gefängnisfrage für manch einen leichter zu ertragen. Distel war ursprünglich Kaufmann. Aus Eignung wurde er Pfarrer. Aus Innerem Beruf kam er ins Gefängnis. Jetzt kann er zurückschauend sagen: „Ich habe nicht umsonst gelebt.“

Neue Ausschreitungen völkischer Banditen.

Der nationalistische Mob hat nicht genug von dem Bistofen-attentat auf dem Wilhelmplatz. In der Donnerstagnacht kam es wiederum zu empörenden Erfassen des Halentreuzergesinns am Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße. Hier pöbelte ein Trupp rechtsradikaler Burischen Passanten an und wurde tödlich. Als sich die Angegriffenen die Befristungen verbat, verfechtete die Rowdies ihren Gegnern Fußtritte und mißhandelten mehrere Personen aufs gräßlichste. Beim Anrücken eines herbeieilenden Polizeikommandos entwichen die völkischen und nationalen Begelagerer feige und entkamen leider zum Teil im Strohhengewühl. Sechs Personen wurden festgenommen. Bei einem wurde sogar ein Spiraltischlagger gefunden und beschlagnahmt. — Die Polizei sollte an unruhigen Tagen, wie wir sie gerade jetzt wieder erleben, dafür sorgen, daß an den beiden berichtigten Ecken des Bestens, vor der Wilhelmplatz und an der oben genannten Ecke, völkische Zusammenrottungen überhaupt unmöglich sind.

Ein Geisteskranker zwischen Gräbern.

In der vergangenen Nacht gegen 8 1/2 Uhr bemalte der Wächter des St.-Lucas-Friedhofes am Tempelhofer Weg einen Mann, der zwischen den dortigen Gräbern umherirrte. Dabei ließ er schreckliche Schreie aus und demolierte die Gräber, indem er die Kränze und anderen Blumenschmuck herunterriß und mehrere Glasurnen zertrümmerte. Der Wächter benachrichtigte das Ueberfallkommando, dessen Beamte den offenbar Geisteskranken festnahmen und in ihm einen 35 Jahre alten Wildhauer Karl L. aus Berlin-Wilhelmshöhe ermittelten. Er wurde zu seiner Beobachtung einer Privatheilanstalt überwiesen.

Etatsberatung im Landtag.

Der optimistische Finanzminister.

Schon seit längerer Zeit wird in Preußen darüber Klage geführt, daß im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft die preussischen Interessen zu kurz kommen. Der Landtag hat deshalb am Freitag zu Beginn der Sitzung durch Annahme einer Entschließung das Staatsministerium aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der augenblicklich freie Sitz im Verwaltungsrat durch ein von Preußen zu bestimmendes Mitglied besetzt wird.

Der von unseren Genossen gestellte Antrag auf Einsetzung eines

Ausschusses zur Untersuchung der Femeermorde

ist angenommen worden. Der Ausschuss umfasst 15 Mitglieder.

In der Fortsetzung der Aussprache über den Haushalt für 1926 leistete sich Abg. Pies (Komm.) wieder einmal die sattem bekannten kommunistischen Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. Es kam dabei zu einem erregten Wortwechsel zwischen einigen unserer Genossen und den anwesenden Kommunisten. Um ein Haar hätte es eine kleine Prügelei gegeben.

Im Verlauf der Aussprache ging der Finanzminister Dr. Höpfer-Kühföhrer näher auf die Ausführungen des Genossen Waentia und des deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn v. d. Osten ein. Zu der vom Genossen Waentia kritisierten Sparmaße bemerkte der Minister: Wenn die Steuern ermäßigt werden sollen, so muß der Staat seine Ausgaben einschränken. Personalausgaben kann man unmöglich als produktive Ausgaben zur Befruchtung der Wirtschaft bezeichnen. Die Geländung der Finanzen nach der Inflation ist in gewissem Ausmaß auf Kosten der Wirtschaft herbeigeführt worden. Wir haben die Wirtschaft zu stark mit Steuern belastet. Der Staat muß deshalb auf dem Gebiet der Steuern etwas für die Wirtschaft tun, d. h., er muß die Steuerlasten einschränken. Die Kritik der Deutschnationalen war vielfach recht widerspruchsvoll. Man kann z. B. nicht in einem Atemzuge Auslandsanleihen ablehnen und große Staatskredite für die Wirtschaft fordern. In der Beurteilung der Sanierungsstrategie schlug der Minister am Freitag einen etwas optimistischeren Ton an. Die Reinigungsstrategie zum Abbau des unnatürlich angewachsenen Produktionsapparates. Nach dem Abschluß des Konzentrationsprojektes würden die alten Betriebe auch wieder vermehrte Arbeitsgelegenheit schaffen. Die steigenden Exportlöhnen berechneten zu der Hoffnung, daß es allmählich wieder aufwärts gehe, wenn auch noch nicht die Friedensausfuhr erreicht sei; jedenfalls sei die außerordentlich starke Steigerung der Ausfuhr im Jahre 1925 gegenüber 1924 recht bemerkenswert. Unfreiwillig wüßten auch die Sportstätten einlagen; sie erhöhten sich pro Monat etwa um 50 Millionen. Die Sportstätten müßten aber aus Geschäften herausbleiben, die nicht ihrer Bestimmung entsprechen. Alles in allem: weder Optimismus noch Pessimismus sei am Platz. Notwendig sei, das Notwendige mit Rücksicht zu tun.

Genossin Kirchmann-Röhl beleuchtete in scharfer Kritik die jämmerliche Haltung der Deutschnationalen, deren Wirtschaftsführer immer wieder mit altemodischen Rezepten die komplizierte Wirtschaftsnote der Gegenwart bekämpfen wollen. Wie können Leute, betonte Genossin Kirchmann, die nur ihre Schuld an der Wirtschaftskrise verdrängen wollen, ernsthaft den Ursachen der Krise zu Leibe gehen? Es waren doch die Deutschnationalen, die in der letzten Reichsregierung ausschlaggebend die Zoll- und Steuerpolitik beeinflusst haben. Nachdem sie den Wirtschaftskarren in den Dreifachschub haben, predigen sie den Arbeitlosen, sie sollten sparen und mehr arbeiten. Also immer wieder die alten Kamellen, kein einziger neuer Gesichtspunkt! Wie unlagbar kindisch und blöde die Rechtstreue wirtschaftliche und finanzielle Vorgänge zu erklären

versuchen, zeigt das Geschwätz des Abg. Dr. Brahmer von den Völkischen, der behauptete, die Inflation sei künstlich geschaffen worden, denn die Mark sei ja auf einen Schlag in der ganzen Welt fast gleichmäßig entwertet worden. Wer das Inflationssyndikat künstlich vergrößert hat, weiß heute jedes Kind. Die Unternehmer mit ihrer Klugheit in die Sachwerte haben das Uebel noch unnötigerweise vermehrt. Damals folgte die Aufblähung des Produktionsapparates, die wir jetzt in der Krise so bitter büßen müssen. Was die Sozialdemokratie im Reich wie in den Ländern immer wieder gefordert hat, zeigt sich heute als das Hauptrettungsmittel: Stärkung des inneren Marktes, Hebung der Kaufkraft der Massen. Nachahmung der guten amerikanischen Vorbilder: Hohe Löhne, Rationalisierung, Typisierung. An all diesen Dingen fehlt es bei uns noch weit. Bei uns konserviert man mit kolonialen veralteter Produktions- und Handelsmethoden.

Zum Schluß ging Genossin Kirchmann noch näher auf das Erwerbslosenproblem ein, das nur in Verbindung mit der Siedlungsfrage, d. h. mit der Reform der landwirtschaftlichen Grundbesitzverteilung von Grund auf gelöst werden kann. Entlastung der Großstädte und Umsiedlung der Arbeiter aus den überfüllten Industriegebieten — das ist die Forderung des Tages. Auch bei diesem Problem erweisen sich die Deutschnationalen als die schlimmsten Feinde des Staates; denn ihre ostelbischen Großgrundbesitzer sind es ja, die mit dem Wohnungsterror und all den bekannten Schikanen gegenüber den Landarbeitern immer neue Menschen vom Land in die Städte treiben. Sie sind es auch, auf denen die Schmach der Kinderarbeit auf dem Lande haftet. Diese länderliche Kinderarbeit ist ein Kapitel, mit dem wir in Preußen recht wenig Staat machen können. Freiherr v. d. Osten glaubte wunder was zu sagen, als er einen Vergleich zwischen den Kosten des Preussischen Landtags von 1913 und dem von 1925 aufmachte. Der Vergleich zwischen den Ausgaben des Dreiklassenparlamentes und denen des Landtags hinkt auf beiden Füßen. Das Spargerede der Deutschnationalen ist nur das Gerede von Pharisäern, die Rücken sehen und Kamel durchschlucken. (Beifall bei den Soz.)

Sonnabend Weiterberatung.

Aus der Partei.

Sachsen und der Parteivorstand.

Die gelomte kommunistische Presse verbreitet eine Falschmeldung des „Berliner Tageblatts“, obwohl ihr aus unserer sächsischen Parteipresse bekannt sein muß, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspricht. Das „Berliner Tageblatt“ hatte behauptet, daß die Vertreter des Parteivorstandes nach Berlin zurückgekehrt seien, um dem Vorstand zu berichten, daß in Sachsen für die Sozialdemokratische Partei kein ausreichender Grund zur Ablehnung der Koalition mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei vorliegt.

Die Vertreter des Parteivorstandes haben am Freitag in Berlin zwei Vorschläge über die nach ihrer Auffassung erforderliche Entscheidung vorgelegt, zu denen der Parteivorstand sofort Stellung genommen hat. Am Sonnabend und Sonntag werden die Verhandlungen in Dresden fortgesetzt.

Nach einem Bericht der „Roten Fahne“ soll der Bezirksverband Zwickau der Sozialdemokratischen Partei an die dortige Bezirksleitung der SPD. eine Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung zur Beratung der Aktion für die Fürstenentzweiung gerichtet haben. Ein solches Vorgehen würde im Widerspruch zu dem Beschluß der Partei stehen, die Aktion selbstständig zu führen. Der Parteivorstand hat über die befreundende Meldung der „Roten Fahne“ einen Bericht des Bezirksverbandes Zwickau eingefordert.

Sozialistische Jugend-Internationale.

Am 24. und 25. Januar 1926 tagte in Amsterdam das Bureau der Sozialistischen Jugend-Internationale. An den Beratungen nahmen auch die Leiter der holländischen Organisations, die Genossen Borriink, Schumacher und Loornstra teil. Die Sitzung beschäftigte sich im wesentlichen mit den Vorbereitungen für den internationalen Jugendkongress und den internationalen Jugendtag, die beide in der Pfingstwoche in Amsterdam stattfinden werden. Ueber die Vorbereitungen für den internationalen Jugendtag berichtete Genosse Borriink. Die holländische Regierung hat jetzt eine genügende Anzahl von Zetteln zur Verfügung gestellt, so daß die Teilnehmer des Jugendtages in einem gemeinsamen Zeltlager untergebracht werden können. An den internationalen Jugendtag berichtete Genosse Borriink. Die holländische Regierung hat jetzt eine genügende Anzahl von Zetteln zur Verfügung gestellt, so daß die Teilnehmer des Jugendtages in einem gemeinsamen Zeltlager untergebracht werden können. An den internationalen Jugendtag berichtete Genosse Borriink. Die holländische Regierung hat jetzt eine genügende Anzahl von Zetteln zur Verfügung gestellt, so daß die Teilnehmer des Jugendtages in einem gemeinsamen Zeltlager untergebracht werden können.

Der Zweite Internationale Jugendkongress wird im Anschluß an den Jugendtag ebenfalls in Amsterdam stattfinden. Neben dem geschäftlichen Dingen stehen auf der Tagesordnung Referate über den internationalen und nationalen Kampf für das Jugendschutzprogramm, die internationale Zusammenarbeit der Jugend als Mittel sozialistischer Friedenspolitik, die Bedeutung der Kulturarbeit in der Jugendbewegung für den Sozialismus und das Verhältnis der sozialistischen Jugendorganisationen zu den bürgerlichen Jugendverbänden und zu den öffentlichen Einrichtungen für Jugendpflege und Jugendbewegung.

Das Bureau beschäftigte sich ferner mit der Lage der sozialistischen Jugend in Italien. Die Sitzung nahm mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die italienischen Genossen unverzüglich daran gegangen sind, ihre Organisation von neuem aufzubauen, und daß die vom internationalen Sekretariat ausgeschriebene Sammlung zur Unterstützung der italienischen Genossen bereits gute Anfangsergebnisse aufzuweisen hat.

Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, in einer der ersten Exekutivkomiteesitzungen nach dem internationalen Kongress die Frage der Zerstückelung der Jugendarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung zu behandeln. Den Beratungen über die Vorbereitung des Jugendtages wohnte auch ein Vertreter der sozialistischen Studentenschaft bei, da die sozialistischen Studenten beschlossen haben, mit dem internationalen Jugendtag in Amsterdam eine internationale Sozialistische Studentenkonferenz zu verbinden. Das Bureau wird im Anschluß an die Reichskonferenz der deutschen Organisationen am 19. April in Hildesheim wieder zusammentreten, um dort die Arbeiten des internationalen Kongresses vorzubereiten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Jede Genossin, die Spaten will, sollte ihre Wünsche bei der Kaufentscheidung berücksichtigen, wofür sie sich dankbar fühlen. Bitte um Unerschlichkeit eines Beschlusses. Die Wünsche sind trocken und nach Wunsch zu waschen. Je nach Wunsch wird es nur gewaschen oder gewaschen, getrocknet und gemangelt geliefert. Socialisten, auch für Blätter, auf Wunsch durch die Firma Hermann Dieckhoff, Weissen, Heberstr. 16, Fernsprecher: Weissen 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

HERMANN TIETZ

das Haus der

„Weissen Woche“

Wir führten die

„Weisse Woche“

in Deutschland ein. — Unsere

„Weisse Woche“

Beachten Sie unsere morgen erscheinenden Ankündigungen

Verlangen Sie unseren Spezial-katalog der Weissen Woche

war und ist eine Sehenswürdigkeit, eine Gelegenheit, gute Waren zu billigsten Preisen zu erstehen

Heute

Sonnabend Vorverkauf

* LEIPZIGER STRASSE * ALEXANDERPLATZ * FRANKFURTER ALLEE

Milchversorgung und Milchverbrauch.

Kritische Betrachtungen zu einem Regierungsprojekt.

Von Alexander Kuoll.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit haben sich weite Kreise der Bevölkerung den Milchgenuss zwangsweise abgewöhnen müssen. Die Gründe dafür sind hinreichend bekannt. Erst war es der tatsächliche Mangel an Milch und später der erheblich gestiegene Milchpreis. Letzterer wirkt sicher auch heute noch auf den Verbrauch im Sinne einer Beschränkung ein. Das besonders, wenn man die fürsorgbare Rotlage großer, weiter Bevölkerungsschichten in Betracht zieht, die durch die gewaltige Krise auf dem Arbeitsmarkt noch täglich eine Steigerung erfährt.

Das hat zur Folge gehabt, daß die inzwischen erfreulicherweise gesteigerte Milchproduktion nicht abgesetzt werden kann, obwohl sie den Vorkriegsstand noch nicht einmal erreicht hat. So wird z. B. der Milchverbrauch in Berlin zurzeit auf ein Viertelliter je Kopf und Tag geschätzt, ein geradezu erschreckend geringes Quantum — vom Standpunkt der Volksernährung und Volksgesundheit aus gesehen. Vor dem Kriege betrug der Verbrauch ein Mehrfaches dieser Menge und niemand wird behaupten können, daß damals in Berlin Milch im Uebermaße verbraucht worden ist. Wir haben hierbei die Auffassung jener medizinischen Richtung im Auge, die den Standpunkt vertritt, daß der Genuß von Kuhmilch nur sehr bedingt zu empfehlen sei, namentlich soweit die Ernährung von Säuglingen in Frage kommt. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß für den Säugling die Muttermilch die zuträglichste Nahrung ist. Aber die Bevölkerung besteht ja nicht nur aus Säuglingen. Und für die Kinder und Erwachsenen ist nach Lage der Kaufkraft der breiten Massen Milch sicher eines der billigsten und relativ besten Nahrungsmittel. Das weiß man auch in diesen Kreisen sehr wohl, und es wird hier als ein sehr bitterer Uebelstand empfunden, daß man selbst dieses auch heute noch verhältnismäßig billige Nahrungsmittel nicht in genügender Menge kaufen kann. Nicht kaufen kann! Das allein ist die Ursache des mangelhaften Verbrauchs von Milch.

In Regierungskreisen scheint man anderer Ansicht zu sein. Wenigstens muß man das schließen aus einem Schreiben des Reichsernährungsministeriums, in welchem es heißt, daß neben der gesunkenen Kaufkraft und anderen natürlichen Ursachen die Ursache des geringeren Milchverbrauchs „zu einem erheblichen Teile . . . zweifellos in einer Aenderung der Ernährungssitten der Bevölkerung“ zu suchen sei.

Wir halten diese Auffassung für grundfalsch; ja, wir halten sie für bedenklich und gefährlich! Sollten die zu treffenden Maßnahmen sich nur von dieser Auffassung leiten lassen, so würden sie nicht nur nicht zu dem erstrebten Ziele führen, sondern die tatsächliche Notlage noch verschlimmern. Das Problem ist nicht in erster Linie ein produktionstechnisches und propagandistisches, als das es vielfach in der sehr regen Aussprache am 21. Januar hingestellt wurde, sondern in allererster Linie ein soziales. Man kann es selbstverständlich durchaus begrüßen, wenn die Milchproduktion technisch und hygienisch auf das denkbar höchste Maß gesteigert wird. Es ist auch gar nichts dagegen zu sagen, wenn mehr als bisher auf die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Vorteile des Milchgenusses hingewiesen wird. Und wenn es gelingt, den Milchgenuß auch in den öffentlichen Schankstätten mehr als bisher zur Tatsache werden zu lassen, so wäre das sicher sehr erfreulich — aber der Kern des Problems wird damit nicht getroffen. Das Problem, das sei noch einmal mit aller Schärfe und Deutlichkeit betont, ist in erster Linie ein soziales!

Man unterlasse alles, was die Kaufkraft der Massen noch weiterhin zu senken geeignet ist, und tue alles, um diese zu heben. Dann wird sich der Milchverbrauch ganz von selbst heben. Dann wird in den Großstädten nicht ein einziger Liter Milch anders als zum unmittelbaren Genuß verwendet zu werden brauchen. Wir brauchen an dieser Stelle freilich nicht zu fragen, wie es gerade in dieser Hinsicht aussieht. Und gerade die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit hat bisher alles getan, um die Lebenshaltung der breitesten Volksmassen zu senken. Es sei hier nur auf die mangelhafte Bezahlung der unteren Beamtenschaft hingewiesen, womit sie zugleich der Privatindustrie ein sehr übles Beispiel gegeben hat. Es sei ferner auf die Haltung der Reichsregierung zur Not der Arbeitslosen hingewiesen. Hunderttausende, ja Millionen Arbeitsloser sind nicht einmal in der Lage, den statistisch auf sie entfallenden Anteil von 1/4 Liter Milch jeden Tag zu kaufen, da die gewöhnliche Unterstützung noch nicht einmal ausreicht, sich — neben Miete und Heizung — an trockenem Brot und Kartoffeln den Magen zu stopfen — sattessen kann man das nicht mehr nennen. . .

Und haben wir nicht am gleichen Tage, an dem das Reichsernährungsministerium zur Beratung der Frage einer Hebung des Milchverbrauchs eingeladen hatte, in der Tagespresse lesen müssen, daß die Reichsregierung sogar plant, den Krankenkassen den bisherigen Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe zu entziehen — ausgerechnet der Familienwochenhilfe, bei der doch gerade der Milchgenuß eine geradezu hervorragende Stelle einnimmt. Sollen wir auch noch auf die Tatsache hinweisen, daß dasselbe Ministerium in erster Linie verantwortlich ist für den seit dem 1. Oktober bestehenden Milchzoll, durch den die ausländische Milch mit einem Zollfuß von 5 Mark je Doppelzentner belegt ist, das ist je Liter 2 1/2 Pfennig oder, soweit Wagnermilch in Frage kommt, eine Zollbelastung von rund 50 Proz. des Erzeugerpreises! Es scheint, als ob es in der Reichsregierung wieder einmal an der so berühmten „Homogenität“ mangelte, und nicht nur in der Reichsregierung, sondern sogar in den einzelnen Ressorts. Denn sonst wäre es doch unmöglich, daß das eine Ressort das Gegenteil von dem tut, was das andere will — oder zu wollen vorgibt.

Jedenfalls liegen hier, auf diesen sozialen Gebieten, die ausschlaggebenden Ursachen für den sinkenden Milchverbrauch. Solange die Reichsregierung nicht den ernststen Willen ausbringt, diese Ursachen zu

beseitigen, solange werden auch alle anderen Maßnahmen, die nur an den Symptomen herumdoctern, anstatt das Grundübel zu treffen, nicht nur nicht helfen, sondern es wird vielmehr abwärts gehen mit der Volksernährung und der Volksgesundheit.

In der Beratung am 21. Januar sind von ernstesten Frauen und Männern viele treffliche Worte gesprochen worden — sie werden nur wenig helfen, sofern es die Reichsregierung an ernstesten Taten fehlen läßt.

Der Verkauf der Stinnes-Flotte.

Ueber die Verhandlungen, die zwischen dem Stützkonförium und Interessenten über den Verkauf der Stinnes-Flotte geführt wurden, war eine ganze Reihe von Gerüchten im Umlauf. Jetzt stellt sich heraus, daß die miteinander verbundenen Dampfschiffahrtsgesellschaften Deutsch-Austral und Kosmos die gesamten Aktien der Stinnes-Reederei übernehmen. Einzelheiten über die große Transaktion werden in diesen Tagen, wenn die Genehmigung des Ausschusses vorliegt, zu erwarten sein. Vorläufig verlautet, daß ein Kaufpreis von 27 Millionen Mark vereinbart ist. Auf den Schiffen bleiben außerdem Hypothekenschulden in Höhe von 21 Millionen Mark. Die Stinnes-Linien sollen in unveränderter Weise fortgeführt werden. Der Schiffspart der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der bisher zusammen mit Kosmos zirka 160 000 Tonnen umfaßt, zu denen noch Neubauten von 12 000 Tonnen kommen, wird durch die Ueberseesdampfer der Stinnes-Linien annähernd verdoppelt werden.

Es handelt sich also hier um eine außerordentlich große Transaktion, die zugleich gewisse Rückschlüsse auf die Käufer und auf die übrigen Interessenten für die Stinnes-Linien zuläßt. Wenn die Deutsch-Australischen und die Kosmos-Linien das Millionengeschäft machen konnten, wenn man weiter hört, daß neben Ausländern auch die Hapag und der Norddeutsche Lloyd sich um die Schiffe bemüht haben, so kann die geldliche Lage der großen Schiffahrtsunternehmen keineswegs schlecht sein. Man braucht sich daher nicht darüber zu wundern, daß die Börse auf die in aller Stille geführten Verhandlungen mit starken Kurserhöhungen für Schiffahrtswerte reagiert hat. Wie sich die Transaktion auf die Rechtsverhältnisse innerhalb der deutschen Seeschiffahrt auswirken wird, das wird noch nach Vorliegen weiterer Einzelheiten zu würdigen sein. Interessant ist schon jetzt, daß der Schinerindustrielle Lothringen-Konzern damit seine Schiffahrtsinteressen sehr erweitert; er ist an den Reedereien, die die Stinnes-Linien gekauft haben, maßgebend beteiligt.

Klönne und die Löhne.

Was von Unternehmerseite manchmal über die Löhne gesagt wird, das läßt oft einen Mangel an Verständnis für die wirtschaftliche Funktion der Löhne erkennen, der es schließlich begreiflich macht, weshalb das deutsche Unternehmertum noch heute zu einem großen Teil den Problemen der Wirtschaftskrise vollkommen fassungslos gegenübersteht. Wenn ein Arbeiter sich erdreisten würde, ohne vorübergehende Schulung in die Buchführung eines Betriebes eingreifen zu wollen, so würde das mit Recht jeder zurückweisen. Wenn aber ein Unternehmer unter Berufung auf seinen durch Wirtschaftserfolge oder gar durch parlamentarische Tätigkeit erworbenen Namen den größten Blödsinn schreibt, so sündet er sogar Leute, die so tun, als ob sie diesen Blödsinn glaubten und sie das Geschwätz in ihren Blättern abdrucken.

So veröffentlicht jetzt Dr. ing. Klönne, seines Zeichens deutschnationales Reichstagsmitglied, einen Artikel über Sozialpolitik, in dem er feststellt, die Deutsche Reichsbahn habe durch Lohn erhöhungen und Sozialzuschläge in den letzten Jahren rund 200 Millionen Mark mehr aufwenden müssen, und dann fortfährt:

„Mit dieser Summe hätte man jedes Jahr von neuem einen beträchtlichen Geldstrom durch die ganze deutsche Wirtschaft leiten, beispielsweise 200 Werke der erzeugenden deutschen Industrie je eine Million Aufträge verordnen können.“

Was sich Herr Klönne dabei vorstellt, ist einfach rätselhaft. Glaubt er, daß die 200 Millionen — wir wollen einmal annehmen, daß diese Zahl stimmt — sich in den Händen der Lohn- und Gehaltsempfänger in Kauf ausgelöst haben? Weiß er nichts davon, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen ja nur dazu erfolgt sind, um den Arbeitern und Beamten eine angemessene Lebenshaltung zu sichern? Und wenn er das weiß, wie glaubt er denn, daß diese höhere Lebenshaltung von den Verbrauchern erwirkt wurde?

Klönne tut so, als seien die 200 Millionen der Wirtschaft entzogen worden, daß also die Industrie davon nichts gehabt hat. Von dem Kreislauf, den das Geld durchläuft, indem es sich aus Lohn in Ware verwandelt, hat er offenbar gar keine Vorstellung.

Was konnten denn die Arbeiter und Beamten mit den Lohnsummen tun? Sie kauften mehr Kleidung, ergänzten ihre Wohnungsausstattung, kauften mehr oder bessere Lebensmittel. Ueber den Händler, zu dem jeder sein Geld trug, vermittelte sich so die Kaufkraft des Lohnes automatisch in neue Bestellungen bei der Industrie und bei der Landwirtschaft. Ist kein Pfennig einigung diesem Schicksal. Abgesehen von den geringen Ersparnissen, die in der Bevölkerung bei den heutigen Preisen erzielt werden können, vermittelte sich also jeder Lohngröschel in entsprechende Aufträge der Industrie. Wäre dem anders, so hätte die Industrie ein einfaches Mittel „wirtschaftlich“ zu arbeiten, indem sie einfach familiäre Lohnzahlungen einstellt. Warum rät Klönne nicht zu diesem einfachen Rezept, obwohl es doch nach seinem Urteil das einzig richtige sein müßte?

Selbst die erzielten Ersparnisse kommen der Industrie zugute, weil sie die Kapitalbeschaffung erst überhaupt ermöglichen.

Also nicht ein Pfennig ist von den 200 Millionen verloren gegangen. Alles vermittelte sich in den schönen „Goldstrom“, um mit Klönnes eigenen Worten zu reden, der die Industrie befruchtete.

Und das muß man einem Industriellen sagen, der oft genug an prominenter Stelle auftritt und sich als Wirtschaftsführer gebärdet. Er möcht sich ein Urteil an, das er nach eigenen Aeußerungen gar nicht besitzt. Diese Art Wirtschaftsführer soll nur weiter so wirtschaften. Sie leisten damit einen Dienst an der Bereinigung der öffentlichen Meinung.

Internationale Verständigung in der Süßstoffindustrie

Der Produktionsüberschuß in der Süßstoffindustrie, der etwa acht bis zehnmal größer ist als der Weltbedarf, führte zu einem jahrelangen Preissturz, der seinen Höhepunkt Mitte 1925 erreichte. Die Notwendigkeit einer Verständigung wurde zuerst von den deutschen Fabriken erkannt und im weiteren Verlaufe zwischen der Sachfabrik normals Fabberg, Dist u. Co. und der Chemischen

Fabrik von Heyden eine Konvention geschlossen, nach deren Abschluß die Verhandlungen mit den, namentlich während der Kriegszeit besonders emporgewachsenen italienischen, schweizerischen und französischen Firmen aufgenommen wurde, die kurz vor ihrem endgültigen Abschluß stehen. Diese Verhandlungen waren nicht allein dem Willen zur Regelung der Preise bestimmt, vielmehr trat das Bestreben in den Vordergrund, durch eine Beschränkung der Produktion diese zum Bedarf in ein „angemessenes Verhältnis“ zu bringen. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ weiter hört, besteht die Absicht, auch mit den übrigen noch anstehenden Werken in allerhöchster Zeit Verhandlungen zum gleichen Zwecke anzubahnen.

Die deutschen Monopolfabriken sind durch den Entwicklungsgang in den letzten Jahren aufs schwerste getroffen, da die während der Zwangswirtschaft bestandenen ungeheuren Erweiterungen der Fabriken jetzt völlig nutzlos und stillgelegt sind.

Umläufiger Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 27. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 20. Januar (120,1) um 0,3 Proz. auf 119,7 zurückgegangen. Gefunken sind die Preise für Weizen, Gerste, Hafer, Schmalz, Zucker, Schweinefleisch, einige Textilrohstoffe und Halbwaren, sowie die meisten Nichtfermetalle. Höher lagen die Preise für Roggen, Butter, Rindfleisch, Milch, Hanf und Schwingelack. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 114,7 auf 114,1 oder um 0,5 Proz. nachgegeben, während die Industriefstoffe mit 130,1 (Vorwoche 130,3) nahezu unverändert blieben.

Auflösen der Inlandsanleihen. Nachdem kürzlich der Spartassen- und Giroverband eine Zwanzigmillionenleihe im Inland unterzubringen beabsichtigt hat, hat jetzt der Provinzialverband von Sachsen für 3 Millionen Mark denselben Weg eingeschlagen. Gegenüber der Anleihe des Spartassen- und Giroverbandes besteht in der Art der Unterbringung allerdings ein großer Unterschied. Während die Spartassen- und Giroverbandanleihe von den Mitgliedern des Verbandes übernommen wird, appelliert der Provinzialverband Sachsen an den offenen Kapitalmarkt. Das macht diese Anleihe trotz ihrer geringfügigkeit bedeutsam, denn sie bedeutet nach dem furchtbaren Schicksal der öffentlichen Vorkriegsanleihe die Probe auf die Wiederherstellung des Vertrauens der privaten Zeichner. Die Vermittlung hat ein Bankkonsortium übernommen, das aus der Reichskreditgesellschaft Berlin, der Firma J. Dresfus u. Co., Berlin-Frankfurt, und der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt Leipzig besteht. Am 1. Februar kommt die Anleihe zu 85 Proz. zum freihändigen Verkauf. Leider ist auch diese Anleihe durch den niedrigen Ausgabekurs für den letzten Kreditnehmer bedeutend höher verzinslich, als es jede Inlandsanleihe sein würde. Ein neuer Kommentar zur Fragwürdigkeit der Fernhaltung öffentlicher Anleihen vom Auslandskapitalmarkt.

Die Vermittlung der Hypothekarkredite der Rentenbank-Kreditanstalt. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt teilt zur Warnung vor unbedenklichen Vermittlern folgendes mit: Jeder Landwirt, der an den von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zu vergebenden Hypothekarkrediten beteiligt sein möchte, braucht sich, um dies zu erreichen, keinesfalls einer gewerbmäßigen oder Gelegenheitsvermittlung zu bedienen. Er kann seinen Antrag unmittelbar bei einem derjenigen Realkreditinstitute einreichen, durch die die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt die Gelder der Landwirtschaft zuführen wird. Das sind: die Landwirtschaft, die öffentlich-rechtlichen Realkredit-Institute (die Landesbanken, Landeskreditkassen), die Hypothekendarlehen und die Spartassen. Soweit die Institute Zweigstellenbesitzungen und Agenturen unterhalten, können Anträge natürlich auch bei diesen eingereicht werden. Die genossenschaftlichen Kreditorganisationen werden in der Lage sein, den mit ihnen in Verkehr stehenden Landwirten diejenige Stelle zu bezeichnen, bei welcher sie ihren Antrag auf Hypothekarkredit am besten einreichen werden, so daß Vermittlergebühren zu Lasten des Landwirts vermieden werden.

Umstellungserfolge in der medizinischen Apparateindustrie. Für die deutsche medizinische Apparateindustrie war der Krieg fast noch gefährlicher als für andere deutsche Industrien der Qualitätsausfuhr. Der Weltkrieg mit seinem ebenso ungeheuren als unausschlekbaren Bedarf für die Heilung, Operation und Versorgung der Verwundeten erzeugte im Ausland ebenso plötzlich eine starke Konkurrenzindustrie. Der starke Inlandsbedarf war auf der anderen Seite mehr als ein Ausgleich der auswärtigen Absatzverluste. Die Wiedertehr stabiler Wirtschafts- und Verhältnisse müßte so für die deutsche medizinische Apparateindustrie schwere Konkurrenzämpfe und Umstellungserfolge bringen. Die erste Abschlusssitzung der Reingier, Gebbert u. Schall A.-G., Erlangen, zum 31. Juli 1925, die durch die Gründung der „Juag“ (Industrie-Unternehmen A.-G.) seit 1921 das Zusammenarbeiten von annähernd 2 Duzend Produktions- und Betriebsgesellschaften der medizinischen Industrie organisiert hat, läßt deutlich den Erfolg der Umstellung erkennen. Wenn sie sich auch durch Abtretung eines großen Aktienpakets an Siemens-Halske (Siemens-Rheinische-Schulzer-Union) 1924/25 eine Teilung der Herrschaft gefallen lassen mußte, so scheint die geteilte Herrschaft auf den finanziellen Erfolg doch günstig gewirkt zu haben. Der Menge und dem Werte nach haben die Haupt- und Tochtergesellschaften bei reichlicher Beschäftigung den Vorkriegsumsatz überschritten. Die günstige Umstellung des Fabrikationsgebietes im Konzern führte zu wesentlicher Vergrößerung und Erweiterung der Serienfabrikation. Die Rationalisierung der Produktion ist durch die Zusammenfassung und Vereinfachung des Absatzes, gemeinsam mit Siemens u. Halske ergänzt (Siemens-Reingier-Beiß-Gesellschaft für medizinische Technik m. b. H.). Der Reingiergewinn von 161 600 M. hatte eine Dividende von 5 Proz. auf das Kapital von 3,72 Mill. (1915: 3,5 Mill.) wohl erlaubt; nur im Hinblick auf die allgemeine Unsicherheit der Wirtschaftslage wurde darauf verzichtet. Die Höhe der tatsächlichen Uberschüsse die ausgewiesenen Gewinne. Aus den Betriebsgewinnen konnte der Aktienbesitz an nahe- stehenden Gesellschaften erweitert, der Zugang an neuen Maschinen und Werkzeugen voll abgeschrieben, die Warenbestände mit 1,9 gegen 2,7 Mill. im Vorjahre tiefer bewertet und ein Dispositionsfonds von 50 000 M. neugebildet werden. Der Beschaffung flüssiger Mittel diente offenbar die Abstoßung von gewissen Beteiligungen, deren Gegenwert unter den auf 3,94 Mill. fast verdoppelten Forderungen steht und offenbar nicht angegriffen zu werden braucht. Die Schulden sind auf 3,11 (3,35) Mill. verringert.

Bergschott-Brauerei A.-G. Es gehört ein ziemlich gut dazu, anzuschauen der Tatsache, daß die Gesellschaft mäßig ist, aus einem Reingiergewinn von etwas über 340 000 M. eine 12 1/2-prozentige Dividende zu verteilen, im Geschäftsjahre diesen Gewinn als „nicht ganz den Erwartungen entsprechend“ zu bezeichnen. Der Geschäftsbericht enthält natürlich die üblichen Schimpereien über die Steuer-, über Gehälter und Löhne, und erklärt, daß die Gewinne nur durch die Einnahmen aus Sachwerten erzielt worden sind. Als ob die anderen Brauereiunternehmungen aus dem Bierablaß nicht ähnliche Dividenden erhalten zur Verteilung brachten. Die Gesellschaft verfügt über ein Bankguthaben von 261 000 M. und war in der Lage, nach den Verteilungen in der Generalversammlung, sich mit Rohmaterialien für das laufende Geschäftsjahr einzudecken, ohne Bankkredite für diese Deckung in Anspruch nehmen zu brauchen. So sehen in diesen schlechten Wirtschaftsjahren die Brauereibilanzen und Brauereiergebnisse aus.

*) Daß die 200 000 Liter Milch, die jetzt täglich in Berlin nicht abgenommen werden, in den Schulen gute Verwendung finden könnten, daran scheint man überhaupt noch nicht gedacht zu haben.

Der Kampf um den Mieterschutz.

Die Abwehr der Sozialdemokratie.

Die gestrige Reichstags-Sitzung wurde um 2 1/2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung des Ludwig Haascher wegen Beleidigung des Reichstags wird dem Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung eines Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Mieterschutzgesetzes.

Die Vorlage bestimmt, daß Räumungsklagen wegen Nichtzahlung der Miete für Geschäftsräume die Jubiläumsgesetze eines Erbschaftsraumes beseitigt, für einen wesentlichen Teil der Untermieterverhältnisse die freie Kündigung wieder eingeführt und ein Mietaussetzungsurteil schon nach einem Monat Nichtzahlung verlangt werden kann. Außerdem soll das Mieterschutzgesetz um 1 Jahr, also bis zum 1. Juli 1927 verlängert werden.

Abg. Silberschmidt (Soz.):

In den Berichten der Zeitungen ist zu lesen, daß heute kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung stehen sollten. Diese Vorlage ist aber keine kleine Vorlage, sondern eine solche, die in das Leben der Staatsbürger tief eingreift.

Es handelt sich hierbei um eine Frage von allergrößter Bedeutung. Sie ist geeignet, 85 Prozent der Bevölkerung, alle Erwerbslosen, Kleinrentner, Arbeiter, Angestellten und Beamten, aber auch den gewerblichen Mittelstand aufs schwerste zu beunruhigen. Es handelt sich nicht um die Angehörigen einer einzelnen Partei, sondern um die Angehörigen aller Parteien, die durch ein solches Gesetz in schwerster Weise geschädigt werden müßten. Das Mieterschutzgesetz will die Bildung höherer Mieten verhindern und den Mieter soweit schützen, als es mit den berechtigten Interessen der Vermieter in Einklang gebracht werden kann, außerdem die Erzielung von unberechtigten Gewinnen aus der Mietzahlung zu verhindern. Die Regierung bemüht sich nun, diesen Grundpfeiler des Mieterschutzes zu verschütten mit dem Ziele, ihn ganz zu beseitigen. Die Ursache für die Schaffung des Mieterschutzgesetzes war erstens die vorhandene große Wohnungsnot und der Mangel an gewerblichen Räumen, zweitens diese Notlage vor einer ungerechten Belastung zu schützen und drittens unter dem Teil der Bevölkerung, die damals eine Wohnung hatten, das Entstehen einer Beunruhigung zu verhindern. Sind in diesem Augenblicke die damaligen Gründe für den Mieterschutz nicht mehr vorhanden?

Daß die Wohnungsnot jetzt größer ist als im Jahre 1920 bestritten kein Mensch.

Das ist amtlich anerkannt worden und der Gesamtheit des deutschen Volkes bekanntgegeben worden. Aber auch die andere Gefahr besteht noch wie vor, daß aus den Mieten unberechtigte Gewinne gezogen werden können. Und die dritte Gefahr, daß in der deutschen Bevölkerung mehr denn je Beunruhigung geschaffen wird, wird gerade durch diese Vorlage hervorgerufen. Nur der großen Langmut des deutschen Volkes verdanken wir es, daß es in der Wohnungsfrage bisher noch nicht zu Katastrophen gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wirkt beschämend gegenüber dem kleinen Staat Oesterreich, wo in diesem Punkte viel größerer Verständnis an den Tag gelegt wird als bei uns. Die Bestimmung, daß Erbschaftsraum gewährt werden muß, soll beseitigt werden. Nach den Paragraphen 2 und 3 soll der Mieter die Räumungsfrage über sich ergehen lassen, ohne daß für ihn die Aussicht besteht, auf dem freien Markt Ersatz für Wohnraum zu finden. Nach § 3 soll die Frist für einen Mieter, der nicht zahlt, von 2 Monaten auf 1 Monat beschränkt werden. Beträgt der Rückstand mehr als 1 Monat, so kann die Miete erhoben werden, und diese Miete ist dann kurzfristig zu erledigen. Ist es berechtigt, daß in der gegenwärtigen Zeit eine solche Vertüglung vorgenommen werden kann? Wenn im Jahre 1923 als äußerstes Maß der materiellen Leistungsfähigkeit 2 Monate angesehen worden sind, so ist es jetzt bei der viel größeren Not als eine besondere Rücksichtlosigkeit zu bezeichnen, wenn man die Frist herabsetzen will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach dem bestehenden Gesetz muß dem Mieter, der dem Interesse des Vermieters weichen muß, ausreichender Mietraum zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Bestimmung wird verschlechtert. Die Gewerbetreibenden jeder Art können nicht mehr damit rechnen, daß sie Anspruch auf Ersatzraum zu stellen haben. Diese Kreise,

bei denen der Mietraum ihre ganze Existenz bedeutet, sollen künftig jeden Schutzes des Staates beraubt und für vogelfrei erklärt werden.

Sie werden jede Bedingung des Hausbesitzers erfüllen müssen. Es ist heute schon üblich, daß diese Mieter des gewerblichen Mittelstandes die drei- bis vierfache Friedensmiete zahlen müssen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieser Zustand wird sich noch verschärfen, und das muß sich natürlich auch auf die Preise der Produkte auswirken.

Der jetzige Mieterschutz soll nur um 1 Jahr verlängert werden, aber alle Leute, die diese Dinge kennen, wissen genau, daß die Ursachen, die zum Mieterschutz geführt haben, in einem Jahr nicht beseitigt sind, daß dann also von neuem die Beunruhigung in der Bevölkerung weitergehen wird. Aber gerade die Kreise, die auf die Beseitigung des Mieterschutzes hindrängen, nehmen jede Gelegenheit wahr,

um das Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

In der Begründung der Vorlage heißt es, daß oft in böswilliger Art die Mietzahlung unterlassen worden sei, das habe zur Folge gehabt, daß die Hauseigentümer, weil sie nicht rechtzeitig die Miete erlangen, nicht in der Lage sind, die Häuser im Stande zu halten. Es soll nicht geleugnet werden, daß es auch böswillige Mieter gibt, aber ihre Zahl ist außerordentlich gering. Dagegen ist der Kreis der Mieter sehr groß, der aus Not nicht zahlen kann. Dazu kommt, daß bei jedem Gesetz eine Spanne Zeit gewährt werden muß, in der es sich auswirken kann. Hier war es noch nicht der Fall. Das Reich und die Länder haben erst selbst künstlich die Gründe gesucht, um sie jetzt anbringen zu können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Behauptung, daß ein großer Teil der Mieter säumig im Mietzahlen sei, entbehrt jeder Begründung. Es ist noch niemals angegeben worden, in welchem Umfange das der Fall sein soll. Diese Behauptung ist lediglich eine unbeweisbare Darstellung aus Hauseigentümerkreisen. Aber auf dieser unrichtigen Behauptung wird die Vorlage aufgebaut. Was hat sich die Regierung eigentlich vorgestellt, als sie diese Vorlage ausarbeitete? Zunächst steht fest, daß die Raumnot jetzt größer ist, als früher. Wenn also zu Tausenden Zahlungsstörungen kommen werden, dann wird es die größte Last geben, die Ausgewiesenen unterzubringen, und ihnen ein Dach über ihrem Kopfe zu geben. Schon jetzt müssen die Gemeinden

die Obdachlosen in Gefängnissen, in Kasernen und sogar in Ställen unterbringen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Und soweit ihnen Wohnungen zugewiesen werden können, wird man künftig diejenigen Wohnungssuchenden benachteiligen müssen, die bisher als vordringlich eingetragen waren. Die Folge wird eine weitere Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse sein und in der Praxis werden auch die Hausbesitzer nur Nachteile davon haben. Die Wirkungen auf die Gemeinden werden geradezu katastrophal sein. Zu Hunderten kommen Eingaben und Proteste an mich, nicht nur von Mietern, sondern auch von Gemeinden, die uns ansehen, nicht die Hand dazu zu bieten, ihnen neue Lasten aufzuerlegen. Die böswilligen Zahler, auf die man angeblich erzieherisch wirken will, werden auch unter den neuen Verhältnissen sich zu helfen wissen. Aber

die große Zahl der beschlossenen Angestellten, Arbeiter und Beamten werden bei dem neuen Gesetz die Leidtragenden sein.

Man muß schon in anderer Weise die etwa vorhandenen böswilligen Zahler zu erledigen suchen. Die Wohnung ist für die Bevölkerung der wichtigste Gegenstand ihres Bedarfs. Körperliche und seelische Erschütterung hat sie bereits ertragen müssen. Jetzt soll aber noch das Gefühl für weite Kreise hinzukommen, zu der Erwerbslosigkeit auch noch die Obdachlosigkeit ertragen zu müssen. Diese Dinge sind in der Praxis viel schlimmer als es sich die Vorstellen können, die diese Vorlage gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir erheben daher schärfsten Einspruch gegen die jetzt beabsichtigten Maßnahmen. Wir warnen die Regierung aufs äußerste, diesen Schritt zu wagen. Hat sie denn kein Verständnis dafür, wie es wirken muß, in der jetzigen Zeit eine solche Vorlage einzubringen. Es muß dadurch dahin kommen, daß in die weitesten Kreise die stärkste Beunruhigung hineingetragen wird, nicht nur bei den schon Erwerbslosen, sondern auch bei denen, die noch in Beschäftigung stehen. Ich kann es mir wohl vorstellen, daß es eine Rutter geben kann, die in dem Augenblicke, wo die Miete gezahlt werden soll, sie erst den Schrei einer Zahl von Tausenden nach Brot beschreien muß. Soll sie auch von diesem Gesetz betroffen werden? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich stelle also fest, daß diese Vorlage ohne weiteres abgelehnt werden muß. Darüber hinaus aber scheint es notwendig zu sein, zu fragen, wann denn endlich die deutsche Republik die Sache ihrer Verfassung, die die Wohnungsfragen betreffen, verwirklichen will. Der sozialdemokratische Antrag vom vorigen Jahre, daß die Wohnungsfrage nach sozialen Gesichtspunkten geregelt werden muß, erfüllt erst gerade durch diese Vorlage ihre beste Begründung.

Wann will denn das Reichsministerium endlich seine Pläne zur Abstellung des Wohnungsmangels bekanntgeben?

Die Heberhöfe aus der Mietzinssteuer sind bisher nicht zur Errichtung neuer Wohnungen verwendet worden, sondern von den Ländern nach ihrem Gutdünken. In Bayern und auch in anderen Ländern bestand bisher noch keine Möglichkeit, aus diesen Mitteln Wohnungen zu bauen. Die zum Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel sind in diesem Jahre so gering, daß man mit einer 30prozentigen Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter rechnen muß. Wo neue Wohnungen mit staatlichen Zuschüssen gebaut wurden, sind sie so teuer, daß die breite Masse der Wohnungslosen die Mieten dafür gar nicht aufbringen kann. Das Reich muß die Beschaffung von neuem Wohnraum in die Hand nehmen, es darf das nicht länger den Ländern überlassen bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Ausschuss ist schon einmal die Frage an den Arbeitsminister gestellt worden, wann er uns seine neuen Pläne unterbreiten will. Ich wiederhole jetzt noch einmal diese Frage. Um aber die Vorlage in allen Einzelheiten zu prüfen, beantrage ich die Ueberweisung an den Ausschuss. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Steiniger (Dtn.) hält es für notwendig, daß die freie Wohnungswirtschaft wieder hergestellt wird, sobald

die Möglichkeit dazu besteht. Jetzt, wo die Wohnungsnot fortbesteht, sei diese Möglichkeit noch nicht gegeben. Man könne mit dem Abbau der Zwangswirtschaft nur schrittweise vorgehen.

Als ein Schritt auf diesem Wege sei die Vorlage zu begrüßen.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. Silberschmidt. Die Vorlage sei in einer Zeit ausgearbeitet worden, als die Notlage nicht so groß war wie heute. Bei den Ausschussberatungen werde die gegenwärtige Notlage berücksichtigt werden müssen. Am 1. April 1927, wenn den Ländern und Gemeinden das steuerliche Zuschlagsrecht wieder gegeben wird, werde auch eine Revision der ganzen Wohnungswirtschaftsgesetzgebung eintreten können. Der vorliegende Gesetzentwurf dürfe nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Vermehrung des Wohnraumes.

Abg. Ventzen (D. Sp.) begrüßt die Vorlage als einen Anfang zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Die gegenwärtige Notlage werde nicht ohne Einfluß auf die weitere Beratung der Vorlage sein; aber es müsse auch die Notlage der Hausbesitzer berücksichtigt werden.

Abg. Höllein (Komm.): Wenn die Regierung unter anderen Voraussetzungen die Vorlage ausgearbeitet hätte, so hätte sie doch den Mut zeigen müssen, in der jetzigen Notzeit sie zurückzuziehen. Daß sie es nicht getan hat, sei bezeichnend für die unsoziale Haltung des neuen Kabinetts.

Abg. Büll (Dem.) erklärt, daß aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen eine Aufhebung des Mieterschutzes noch nicht möglich sei. Die Mieterschutz bedürfe noch immer eines wirksamen Schutzes. Im Ausschuss wird zu prüfen sein, wie sich die Härten für den Hausbesitz beseitigen lassen, und ob auf gewissen Gebieten der öffentlichen Raumbewirtschaftung eine Lockerung des bisherigen Verfahrens zu verantworten sei. Wie der Hausbesitzer gegen böswillige Mieter geschützt werden müßte, so müßte die Mieterschaft die Gewähr haben, daß sie bei den gegenwärtig noch völlig abnormen Verhältnissen im Wohnungswesen nicht schutzlos gelassen würde.

Damit ist die Aussprache beendet, die Vorlage wird an den Wohnungsausschuss überwiesen.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die Mittwoch, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, stattfindet, beantragt Abg. Schulz-Bromberg einen deutschnationalen Antrag zur Grundsicherung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses, das Bureau muß auch feststellen, daß das Haus nicht mehr beschlußfähig ist.

Vizepräsident Kleber schließt die Sitzung um 6 1/2 Uhr, nachdem er für die nächste Sitzung als Tagesordnung 2. und 3. Beratung der Novelle zur Militärgerichtsbarkeit und kleinere Vorlagen festgelegt hatte.

Feuer breitet sich nicht aus,

hast du MINIMAX im Haus

Wäsche

wäscht Ihnen Ihre

Große Wäsche billiger

als Sie selbst waschen können.

Lieferzeit: Nachwäsche 2 Tage, Mangelwäsche 4 Tage

Die Wäsche wird trocken gewogen und nach Pfund berechnet. Je nach Wunsch wird sie nur gewaschen, oder gewaschen, getrocknet u. gemangelt geliefert.

Vergleichen Sie unsere Preise mit den Kosten Ihrer Wäsche im Hause und Sie werden nie wieder die Mühe eines Waschtages auf sich nehmen

Preise: Nachwäsche von 10 Pfund an . . . 25 Pf. pro Pfund
Mangelwäsche von 10 Pfund an . . . 35 Pf. pro Pfund
Seibens, bunte und Holzwäsche . . . 40 Pf. pro Pfund

Oberhemden und Kragen werden auf Wunsch gepültet geliefert
Die Preise sind inkl. Versicherung berechnet. — Abholung u. Lieferung kostenfrei

Fernsprecher Weissenfee 911, 912, 913 **Hermann Ide Nachf.** **Weissenfee, Lehdorferstr. 16**
Abteilung Gewichtswäsche

Warum so starker Andrang? weil Pelz- u. Plüschmäntel spottbillig!

Nur 1a Qualitäten! Auch für stärkste Figuren!

Sealplüschmäntel jetzt nur 110.- 89.- 78.-
Pelzmäntel, 1a Felle, jetzt nur 350.- 225.- 120.-
Pelzjacken, fesch. Form, jetzt nur 280.- 195.- 98.-
Winter-Mäntel, mit u. ohne Pelz, jetzt nur 69.- 45.-

Eleganter **Plüschmantel** jetzt nur 148.-

Kostüme, Mäntel, Komplets jetzt spottbillig!
Einsegnungskleider
Extra Abteilung: **Trauer-Magazin**

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37 • 2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz
Ergänzung zum Wahlauschreiben vom 13. und 14. Januar 1926
Die bei der Firma Cuhlaris beschafften Kassenmitglieder wählen am 1. März 1926, nachm. von 4 bis 9 Uhr, im Hotel von Otto Ebel, Steglitz, Siemensstr. 29 (Ecke Wirtshausstr.), Berlin-Steglitz, den 28. Januar 1926.
Der Vorstand: Rordel, Borjander, Regin, Eschführer.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Das Berlinische

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbetten, Eisenbetten, Suhl, Thür

Der Weisfuchs.

Von Roda Roda.

Frau Gitta blieb einen Augenblick vor dem Laden stehen und guckte hinein. Ein Weisfuchs hing, zum Kringel gebogen, um den Hals einer kopflosen, schwarzamten Dame.

Frau Gittas blaue, sanfte Blicke und seine gelben, bösen kreuzten sich wie flinke Rapiere.

„Wir zwei — du und ich — kommen nie zusammen,“ blinkerte der Fuchs.

In ihrem kindischen Herzen erwachte ein Groll, den sie selbst nicht verstehen konnte — und der Groll sprach:

„Du widerwärtiges, hochmütiges Tier! Man hat dich erschlagen und geschunden — man hätte dich auch noch brühen sollen. — Und doch . . . und doch — du bist fein und weiß und herrlich. Und ich bin jung und schön. Wie zart würdest du dich an meine Wangen schmiegen — wenn du mein wärst!“

„Ja, ich würde mich an deine junge Wange schmiegen — wenn ich dein wäre. Du hast aber keine Aussicht, mich jemals zu besitzen. Denn ich bin zu kostspielig. — Schade! Ich wäre gern dein geworden.“

Seine gelben Augen waren nunmehr melancholisch. Der tückische Schein war erloschen — in hoffnungsloser Sehnsucht. Nach den Eisfeldern des Poles — nach seiner Eheliebsten — nach dem Pfirsichsaum von Gittas Wangen — wer weiß es?

Frau Gitta ging heim — Göttingerstr. 33. Da stieg sie in den dritten Stock empor und trat durch die Küchentür ein. Die Küche war voll brodelnden Dampfes. Die Magd wusch gerade Klein-Gittas Weißzeug, rang die kleinen Hemdchen aus, die winzigen Säckchen, und ihre roten, aufgesprungenen Hände leuchteten im Rebel.

Frau Gitta ging ins Zimmer und legte ihren Straßenzug ab. Ihre kleine Tochter war eben munter geworden. Sie nahm sie auf den Arm und trug sie auf und ab. Die Magd brachte ein Schüsselchen Milchbrei. Frau Gitta setzte sich an den Tisch, nahm das Kindchen auf den Schoß und begann es zu füttern.

Das Mädchen sträubte sich schon nach dem dritten Bissen, und Mama schmeichelte und bat:

„Ah, mein Herzchen, ich! Damit du groß und stark wirst. So — noch ein Köstchen — sonst bleibst du ein Zwerglein, rein zum Lachen. Ich, mein Schätzchen! Mein . . . mein Weisfuchsen! Ja — du bist mein Weisfuchsen. Dich hab ich umsonst befohlen. — Umsonst? Nein — dich hab ich mit brennenden Qualen bezahlt. Nur das wirkliche Weisfuchsen, das Fuchsen mit den gelben Augen, das kann ich nicht haben. Das muß man mit Geld — pfui — mit schmutzigem Geld bezahlen. Armer Leute Qualen sind nichts, und Geld ist alles. — Ah, mein Mädchen!“

Am Abend des nächsten Tages, im rotglühenden Rebel der Straße, stand sie wieder vor dem Laden. Der Weisfuchs hing um den Hals der kopflosen Dame.

„Ah, da bist du ja,“ grüßten seine gelben Augen und blinkerten hell auf — im Licht der vierzehn elektrischen Birnen. „Ich fürchtete schon, du hättest mich vergessen.“

„Was denkst du denn, Fuchsen? Ich habe immerfort an dich gedacht. In deine schmeichelnde Wärme und tröstliche Schönheit. Aber, ich — ich bin zu arm, dich aus dem gläsernen Käfig zu holen.“

„Ach ja.“ — Er träumte sich zusammen und blinzelte höhnisch. Frau Gitta schlich beschämt und ärgerlich dem Kinderwägelchen nach, das die Magd mit den rauen, aufgesprungenen Händen vor sich herschob.

In dieser Nacht schlief sie lange nicht ein. Sie dachte über Mädchenjalousie nach — die da spielen, ohne daß ein Menschenverstand Sinn und Gehege entdecken kann: der einen einjames Welken — und der anderen Mann und Kind und Sorgen — der dritten einen Gatten, Glanz und Leppigkeit. Was hatte Elsa Berg vor ihr voraus, daß ein reicher Kaufherr sie fast von der Schulbank wegholte? Waren ihre Wangen rötter? Ihre Zähne weißer? Ihre Seele reicher? — Als sie gegen Morgen einschlief, träumte ihr nichts. Ihr Schlaf war tief und schwer.

Nachmittags ging sie aus. Sie war zu Elsa Berg geladen.

Elsa Berg bat in ungewissen Zwischenräumen ihre Jugendfreundinnen zu sich. Aus Anhänglichkeit — aus Hochmut — aus Lust, vergangene Armut neben die herrliche Gegenwart zu stellen?

Gittas Weg führte an dem Schaufenster vorbei. Der Weisfuchs hing da, als hätte er sich in sein Schicksal gefunden, und biß sich doch müttend in den Schwanz — dank dem Mechanismus in der Kehle.

Er hatte keinen Blick für Gitta. Sie aber verschlang ihn mit verzehrendem Hunger. Solchen Hunger erweckt nur unerreichbarer Besitz.

Die Lider mit den kurzen Wimpern waren über die gelben Augen gefallen, schlüfrig und aufreizend. Wenn er sie öffnete — es wäre wie ein Peitschenhieb, der zu unerhörten Taten antreibt. Gitta stoh. Um eine Sekunde zu spät. Der tote, geschundene Fuchs hatte die Augen aufgeschlagen.

Dieser Blick verwirrte sie. Er machte ihr Kopfschmerzen und Herzklopfen — auch noch, als sie im Salon der reichen Freundin saß. Frauenstimmen, leeres gläsernes Lachen. Die Luft von heißen Düften schwer. Seidenes Knistern, Perlenkette unter echten Spitzen. Zigarettenrauch umwob den Lüster.

Gerade — gerade wie der Dampf von Klein-Gittas Wäsche — in der engen Küche in der Göttingerstr.

Niemand achtete darauf, als sich Frau Gitta mit schleppenden Schritten ins letzte Zimmer zog, um ein paar Minuten lang von Schwindel und Herzklopfen auszuruhen.

Ein atemberaubender Kopfschmerz hatte sie betäubt. Das Blut trieb durchs Hirn, als wollt es die Schläfen sprengen.

Sie sah minutenlang im stillen Zimmer. Auf dem Toilettenstisch lag vergessen, achlos die Börse der Hausfrau.

Achlos, zerknittert waren die Geldscheine hineingezwängt — so unordentlich, wie nur eine reiche junge Frau es getan haben konnte. Gitta sah sie zu — die Börse sprang auf. Gitta warf einen forschenden Blick rundum — und schob die Börse in die Tasche.

Und sie hatte doch nur die Stirnlöcher vor dem Spiegel ordnen wollen.

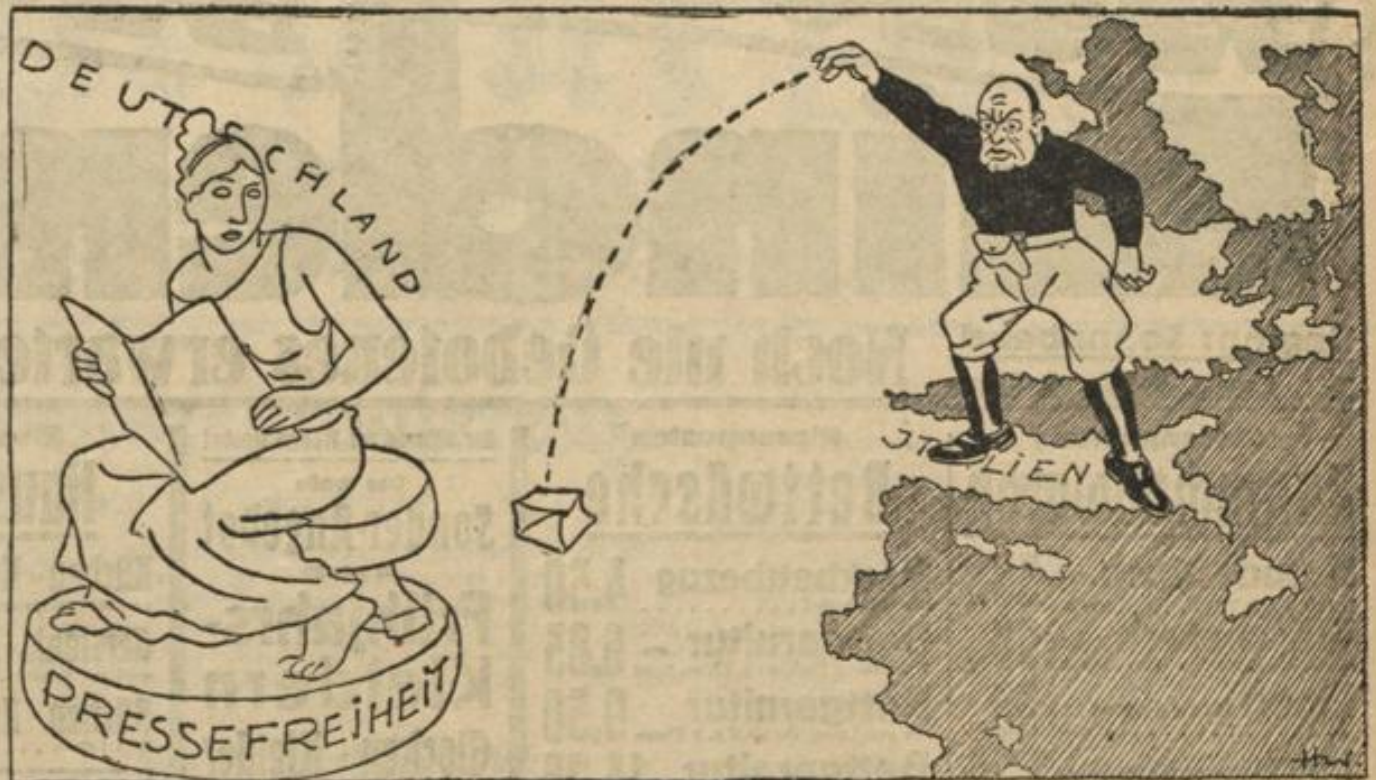
Das brachte sie nicht zuwege. Aus dem Spiegel blinkerten ihr gelbe, heimtückische Fuchsaugen entgegen.

Zitternd schlich sie zurück zu der schwappenden Menge. Nur die Rechte strich glättend über die Rockfalten.

Niemand hatte was bemerkt. Man verdächtigte das Stubenmädchen und entließ es in aller Stille.

(Mit besonderer Erlaubnis des Bild- und Buchverlages Berlin bei folgenden Verlagsanstalten: „Der Oberon“ erschienen.)

Der Küpel Europas.



Dich bringt's in Wut, daß wir die Wahrheit schreiben,
Entlarven deiner Willkür tolles Treiben
Und dich verachten, bunter Harlekin!

Mag manche Uebelthat am Tiber glücken,
Magst frech das freie Wort du unterdrücken:
Wir werden uns nicht beugen und nicht bücken,
Denn noch herrscht Pressefreiheit in Berlin.

Der Himmelstischler.

Von Adolph Hoffmann.

Als ich begann, über die „Zehn Gebote“ zu sprechen, war Julius einer der ersten, die mich für Merseburg reklamierten. Er entwickelte eine so gewaltige Reklame, daß der große Kaiserfaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Er hatte auch die Herren Superintendenten, Kirchenräte und Geistlichen persönlich eingeladen. Und, was selten vorkam, sie waren erschienen!

Der „Himmelstischler“ präsidierte einer Riesensammlung, wie er solche noch nicht erblickt hatte. Pforter aller Richtungen ergriffen in der Debatte das Wort. Wenn ein ganz orthodoxer zu Worte kam, wuchs manchmal der Sturm zum Orkan an. Aber der „Himmelstischler“ hatte die Versammlung fest am Jügel.

Ein Pastor Schmidt aus Peina erntete zum Entsetzen seiner Amtsvorgesetzten die Aufmerksamkeit, als er erklärte:

„Ich unterschreibe sieben Ächtel von dem, was der Redner vorgebracht, voll und ganz.“

Das hatte für Pastor Schmidt noch ein Nachspiel. Die vereinigten Parochialvereine wurden vom Grafen Winkingerode zu einer gemeinsamen Versammlung zusammengetrommelt, um gegen Hoffmann und Pastor Schmidt

Stellung zu nehmen.

Der Graf, Superintendent Professor Martius, Diakonus Bloch und Bithorn hielten endlose Reden, schimpften auf die schändlichen Agitatoren und Leute, die hier im Ort vom Bürgertum leben — das ging auf den „Himmelstischler“ —. Aber manches wunderbare Geständnis entschlippte dabei den Lippen der frommen Herren, die dann noch so unvorsichtig waren, ihre Reden, in denen sie über die Sünden der Kirche ein Zugeständnis nach dem andern machten, als vierseitiges Flugblatt im Formate des „Vorwärts“ drucken und in Merseburg verteilen zu lassen.

Triumphierend brachte mir der „Himmelstischler“ den Fahnenzug — er hatte überall Verbindung — und legte ihn auf den Schreibtisch meiner Zeitung Redaktion, indem er erklärte: „Adolph, darauf mußt du kräftig antworten.“

„Um alles in der Welt, in welcher Zeitung soll ich das Zeug widerlegen?“

Aber er ließ nicht locker. Es wurde eine Versammlung wieder im großen Kaiserfaal zu Merseburg verabredet mit dem Thema: „Die Parochialvereine und meine Antwort.“

Als ich am Abend zur Bahn ging, um von Zeitz mit dem Rünchener Schnellzug über Weichenfels nach Merseburg zu fahren, fuhr mir der Teil des Zuges, der von hier über Halle nach Berlin fuhr, vor der Nase weg. Ich war verzweifelt. Stellte mir im Geiste die Situation vor, in die ich den „Himmelstischler“ und die ganze Versammlung gebracht hatte, als die damals noch tätige Bahnhofsgasse das Abfahrtszeichen für den Teil des Zuges gab, der nach Leipzig fuhr.

Ohne recht zu wissen, was ich wollte, sprang ich in den Zug und maltratierte das Kursbuch. Aber alles vergebens. Es war nur möglich, von Leipzig nach Halle zu fahren und von dort kurz nach 10 Uhr in Merseburg einzutreffen.

Ich gab dem Schaffner ein Telegramm an die Versammlung, daß ich erst um 10 Uhr dort sein könnte.

„Versammlung hinhalten“

schloß das Telegramm.

Wohl gab der Schaffner die Depesche bereits an der nächsten Station als dringend auf. Aber „hinhalten“ war leichter telegraphiert als ausgeführt, denn nach dem Vereins- und Versammlungsgesetz waren Versammlungen, wenn sie nicht innerhalb einer Stunde eröffnet oder darüber hinaus vertagt wurden, der Auflösung verfallen.

Es war für alle Teile eine scheußliche Situation, in die ich ohne meine Schuld die Versammlung gebracht hatte. Ich hätte nämlich den Zug noch bequem erreicht, wenn die Uhr an der Ruhestätte des Bahnhofs nicht gegen die auf dem Bahnsteig fünf Minuten nachging.

Als der Zug von Halle in Merseburg einlief, und ich die großen Fenster des Kaiserfaals, der dicht am Bahnhof liegt, noch erkundete, sah, fiel mir ein Stein vom Herzen.

Auf dem Bahnhofe standen unzählige Arbeiter und empfingen mich mit einem dreifachen Hoch. War ich schon über diese Begrüßung eines Redners, der die Versammlung im Stich gelassen hatte, perplex, so wurde mein Erstaunen noch größer, als ich auf meine Frage: „Ist die Versammlung zu Ende?“ die Antwort

erhielt: „Bewahre, die soll jetzt erst anfangen“ und auf meine weitere Frage, warum sie nicht im Saal wären, die Antwort erhielt: „Weil der so überfüllt ist, daß kein Apfel zur Erde kann.“

Und — das war buchstäblich wahr. Ich wurde in des Wortes verwegener Bedeutung über die Köpfe hinweg von starken Arbeiterarmen wie ein Paket zur Bühne hinausgerückt.

Ein nicht enden wollender Beifallssturm raste durch den Saal und beschante mich — der ich annehmen mußte, wegen meiner Summe von den Versammlungsbefuchern verhasst, zumindest aber niedergeschrien oder ausgepfiffen zu werden.

Statt dessen wurde ich mit so unbefriedigendem Jubel empfangen. Als ich wieder auf eigenen Füßen stand, umarmte mich unter „Himmelstischler“, indem er halblaut sagte: „Adolph, ich könnte dich küssen für diesen

Geniestrich!“

und auf meine erstaunte Entgegnung: „Ja, um alles in der Welt, was ist denn los? Wollt ihr mir nicht sagen, wie ich das verstehen soll?“ wurde Julius richtig böse. Mich fast von sich werfend, sagte er: „Du höre aber auf. Uns brauchst du doch nicht auch noch zu veralbern.“

Meine Bitte um Aufklärung beantwortete er durch Schwingen seiner „Frische-Glocke“ und die ärgerlich herausgeschossenen Worte: „Genosse Adolph Hoffmann hat das Wort.“

Abermals brauste ein Beifallssturm durch den Saal. Endlich trat Ruhe ein, und ich glaubte, zu meiner Entschuldigung etwas sagen zu müssen. Kaum aber hatte ich meinen Schreck über den davonfahrenden Schnellzug erwähnt, als der ganze Saal mit schallender Heiterkeit antwortete.

Das verdachte mich so, daß ich sprachlos war — und das will gewiß viel sagen.

Ich mußte alle Gedanken zusammennehmen, um dem Flugblatt der vereinigten Parochialvereine die verdiente Abfertigung zu geben.

Nach dem Beifall, den ich erntete, ist mir das trotz allem doch wohl gelungen oder — galt der Beifall des ganzen Abends nur meinem mir unbekanntem „Geniestrich“?

Die Versammlung verlief für die Sozialdemokratie glänzend. Die sehr lange Diskussion endete mit einer vollständigen Niederlage aller in Erscheinung tretenden Superintendenten, Diakonisse und Pforter, so daß selbst dem Grafen von Winkingerode der Stillsitzpunkt für seine Grafenkrone bedenklich wackelte.

Während der Diskussion hatte ich wenigstens von meinem Nachbar im Bureau erfahren, wie der „Himmelstischler“ es fertig bekommen hatte, die Versammlung über zwei Stunden aufrecht zu erhalten, ohne daß die Polizei wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Stunde hätte einschreiten können.

Das Kunststück hat er so vollbracht:

Als ich mit dem Zuge von Weichenfels nicht eintraf, war der „Himmelstischler“ natürlich verzweifelt. Er eröffnete, nachdem er mehrmals die Versammlung beruhigt, dieselbe gegen 1/9 Uhr und teilte das von mir eingegangene Telegramm ohne den Schlussatz mit und gab dann dem Pforter Schmidt aus Peina das Wort. Derselbe hatte ihn gebeten, vor Eintritt in die Tagesordnung zu einer Erklärung mit Bezug auf die letzte Versammlung das Wort zu erhalten, was der „Himmelstischler“ natürlich mit Freude tat, ihn sogar bat, es nicht zu kurz zu machen. Diesen Wunsch hatte der Herr Pforter reichlich erfüllt. Und unter „Himmelstischler“ ergänzte in seiner Art den Pforter und vertagte die Versammlung nach 1/10 Uhr.

Als ich aber meinem Nachbar von meinem verspäteten Erscheinen sprach, lachte auch er mich an und meinte, ihn brauche ich doch nicht dumm zu machen.

Als nun nach der Versammlung ein großer Kreis Gefinnungs-freunde im Restaurant zusammen saß, wollte ich endlich der Sache auf den Grund gehen und knöpfte mir den „Himmelstischler“ vor, indem ich ernstlich Auskunft verlangte.

Aber da kam ich schon an. So fuchsmild wurde Justus, daß er einem

„Teufelstischler“

ähnlicher sah als einem „Himmelstischler“. Und wirklich, wie er mit den Armen herumfuchtelte, paßte er in keinen Sarg hinein.

Er kündigte mir sogar die Freundschaft mit den Worten: „Ich habe immer große Stücke auf dich gehalten. Wenn du aber die Genossen und mich selbst veralbern willst, dann ist's aus.“ Sprachs, drehte mir den Rücken und — die andern gaben ihm recht.

Ich war wirklich am Ende meines Lateins, und es drohte die Gefahr, daß ich mich mit allen meinen engeren Genossen ver-trachte.

Schließlich erbarmte sich meiner ein ganz junger Dachs.

(Schluß folgt.)

